



stimme

Zeitschrift der Initiative Minderheiten

139

2026
Sommer

EUR 5,50

ISSN: 2306-9287



1986 – 2026

Jahrzehnte zivilgesellschaftlichen Widerstands



Sie haben Fragen an das Bundeskanzleramt?

buergerservice@bka.gv.at
0800 222 666* (Mo bis Fr: 8–16 Uhr)

ENTGELTLICHE EINSCHALTUNG

 Bundeskanzleramt

Das Bürgerinnen- und Bürgerservice des Bundeskanzleramts
freut sich auf Ihre Fragen und Anliegen!
[bundeskanzleramt.gv.at](https://www.bundeskanzleramt.gv.at)

*gebührenfrei aus ganz Österreich



Trauermarsch gegen die Verschärfung der Asyl- und Aufenthaltsgesetze, 1994 | Foto: Mehmet Emir

Impressum

STIMME ist das vierteljährliche Vereinsblatt der Initiative Minderheiten (Verein zur Förderung des Zusammenlebens von Minderheiten und Mehrheiten).

Medieninhaberin, Verlegerin, Herausgeberin und Redaktion: Initiative Minderheiten (Verein zur Förderung des Zusammenlebens von Minderheiten und Mehrheiten | ZVR-Zahl: 393928681) | Gumpendorfer Straße 15/13, 1060 Wien | Tel.: +43 1 966 90 01 | office@initiative.minderheiten.at | stimme@initiative.minderheiten.at

Chefredakteurin: Gamze Ongan

Redaktionelle Mitarbeit: Vida Bakondy, mh, Jessica Beer, Cornelia Kogoj, Sabine Schwaighofer, Peter Schwarz, Jana Sommeregger, Gerd Valchars, Vladimir Wakounig

Kolumne: Hakan Gürses

Grafisches Konzept, Artdirection & Illustrationen: fazzDesign (Fatih Aydoğdu) | fazz@fazz3.net

Lektorat: Daniel Müller

Herstellung (Repro & Druck): Druckerei Janetschek GmbH, Brunfeldstraße 2, 3860 Heidenreichstein | T: +43 50545 78 www.janetschek.at

Verlags- und Erscheinungsort: Wien

Verlagspostamt: 1060 Wien

Anzeigen: Ebru Uzun | office@initiative.minderheiten.at

Abo-service: Ebru Uzun | abo@initiative.minderheiten.at

Inland | Jahresabo: EUR 30,- | Zweijahresabo: EUR 50,- EU-Ausland | Jahresabo: EUR 50,- | Zweijahresabo: EUR 75,- (für Vereinsmitglieder kostenlos), Einzelpreis: EUR 5,50

Web: www.initiative.minderheiten.at
www.zeitschrift-stimme.at
www.instagram.com/initiative_minderheiten

Namentlich gezeichnete Artikel müssen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wiedergeben.



produziert gemäß Rechtslinie
Uz24 des Österreichischen
Umweltzeichens,
Druckerei Janetschek GmbH, UW-Nr.637

04 | Aushang
Kurzmeldungen

05 | Editorial
Gamze Ongan

06 | Stimmlage
Hakan Gürses

08-12 | Zeiten der Unruhe
Eine persönliche Zeitgeschichte sozialer Bewegungen
Hakan Gürses

13-14 | Kein Land frei von Vergangenheit
Der Republikanische Club feiert 40. Geburtstag
Sibylle Summer

15-17 | Widerstand und Allianzen
Erinnerungen an die Entstehung der Initiative Minderheiten
Ursula Hemetek

18-20 | Zurale khetane! Gemeinsam sind wir stark!
35 Jahre Romano Centro
Mirjam Karoly

21-23 | „Komm mit“, sagte Willi Resetarits
Die Gründung von SOS Mitmensch
Martin Schenk

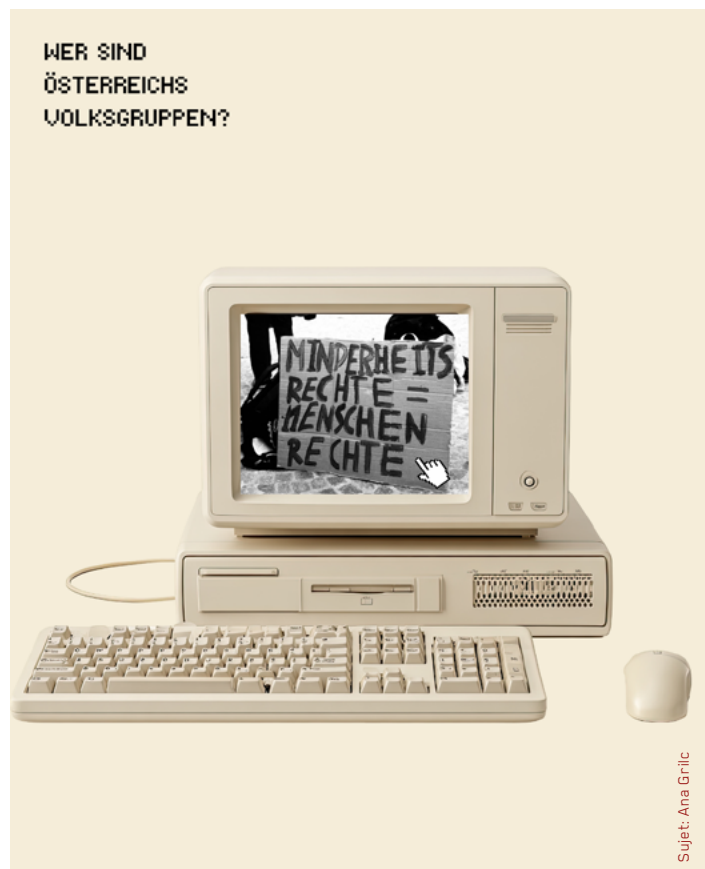
24-28 | Kein Fortschritt, der nicht rückgängig gemacht werden kann | Irene Brickner im Stimme-Gespräch | Gamze Ongan und Cornelia Kogoj

29-31 | Angst um Geflüchtete, nicht vor ihnen
asylkoordination österreich – 35 Jahre Widerstand gegen die Politik der Angst | Anny Knapp und Herbert Langthaler

32-33 | Lektüre
Rezensionen

Offenlegung gemäß §25 Mediengesetz: STIMME – Zeitschrift der Initiative Minderheiten ist das vierteljährliche Vereinsblatt der Initiative Minderheiten (Verein zur Förderung des Zusammenlebens von Minderheiten und Mehrheiten) mit der grundlegenden Richtung gemäß §2 und §3 der Vereinsstatuten, die Kommunikation und das Zusammenleben von Minderheiten und Mehrheiten durch die Selbstdarstellung von Minderheiten und ihren Organisationen, durch Interviews, Erfahrungsberichte, wissenschaftliche Beiträge, Buch-, Periodika- und Tonträgerbesprechungen, aktuelle Nachrichten und Veranstaltungshinweise bzw. -berichte auf medialer Ebene zu fördern. Die Initiative Minderheiten (Verein zur Förderung des Zusammenlebens von Minderheiten und Mehrheiten) ist Medieninhaberin und Herausgeberin der Zeitschrift. Die Finanzierung der Zeitschrift erfolgt durch öffentliche Subventionen, Mitgliedsbeiträge, Abonnements und freiwillige Spenden. Die Adresse der Medieninhaberin und der Herausgeberin ist im Impressum angeführt.

„Weil die ja nie zufrieden sind“ – 50 Jahre Volksgruppengesetz



Die neue Ausstellung der **Initiative Minderheiten** nimmt das 50-jährige Jubiläum des österreichischen Volksgruppengesetzes zum Anlass für eine kritische Bestandsaufnahme. Gemeinsam mit Artikel 7 des Staatsvertrages bildet das Gesetz bis heute das Fundament der österreichischen Volksgruppenpolitik.

Das am 7. Juli 1976 beschlossene Gesetz regelt wesentliche Bereiche der Volksgruppenrechte: die zweisprachige Topografie (Ortstafeln und Aufschriften), die Amtssprache (das Recht, Behördenwege in der jeweiligen Muttersprache zu erledigen) sowie Förderungen zur Erhaltung kultureller Vielfalt. Auf dieser Grundlage wurden im Jahr 1976 die slowenische, kroatische, ungarische, tschechische und slowakische Minderheit als Volksgruppen anerkannt.

Rom:nja und Sinti:zze blieben im ursprünglichen Gesetz von 1976 unberücksichtigt. Ihre offizielle Anerkennung als sechste Volksgruppe erfolgte erst im Jahr 1993 nach jahrelangem politischem und zivilgesellschaftlichem Engagement.

Die Ausstellung beleuchtet die Entstehung des Gesetzes, die oft kontroversen Reaktionen darauf sowie die aktuellen Herausforderungen einer modernen Volksgruppenpolitik. Im Fokus

stehen Bildung und Medien, internationale Best-Practice-Modelle sowie die Aufnahme weiterer Minderheiten in den offiziellen Volksgruppenstatus.

Eröffnung:
19. 11. 2026 | 18:30 Uhr
20. 11. 2026 – 28. 02. 2027
Museum Niederösterreich – Haus der Geschichte
Kulturbezirk 5, 3100 St. Pölten

In Kooperation mit:
Museum Niederösterreich – Haus der Geschichte, kärnten.museum und 10. Bundesland – Die Grünen

Gefördert von: **Zukunftsfonds der Republik Österreich und Bundeskanzleramt – Abt. Volksgruppen**

Auftaktveranstaltung zur Ausstellung in Anwesenheit der Bundesministerin für Frauen, Wissenschaft und Forschung **Eva Maria Holzleitner**

27. 10. 2026 | 18:00 Uhr
hdgö – Haus der Geschichte Österreich
Neue Burg, Heldenplatz, 1010 Wien

In Kooperation mit: **hdgö und 10. Bundesland – Die Grünen**

Gefördert von: **BMFWF – Abt. Erwachsenenbildung**

Ehrung für Bernard Sadovnik und Olga Kosanović

Der 1999 ins Leben gerufene **Zivilcourage-Preis von SOS Mitmensch** ging heuer an den Peršmanhof-Nachkommen und Kärntner Bürgermeister **Bernard Sadovnik** sowie an die in Wien geborene slowenische Regisseurin **Olga Kosanović**.

Sadovnik setzt sich seit vielen Jahren für Dialog und Versöhnung zwischen der autochthonen slowenischen Volksgruppe und der österreichischen Mehrheitsgesellschaft sowie für die Umsetzung der Volksgruppenrechte ein. Nach dem rechtswidrigen Polizeieinsatz gegen ein antifaschistisches Jugendcamp an der Gedenkstätte Peršmanhof im Sommer 2025 engagierte er sich zudem für eine rasche und kritische Aufarbeitung der Vorfälle.

Mit ihrem viel beachteten Dokumentarfilm „**Noch lange keine Lipizzaner**“, der sich mit den gesetzlichen und bürokratischen Hürden beim Zugang zur Staatsbürgerschaft auseinandersetzt, erreichte **Olga Kosanović** ein breites Publikum. Ausgangspunkt des Films sind ihre eigenen Erfahrungen, aus denen heraus sie einen wichtigen Beitrag für eine inklusive Demokratie geleistet habe, wie SOS-Mitmensch-Sprecher **Alexander Pollak** die Ehrung begründete.

Die Laudationes bei der Preisverleihung am 13. Mai im Wiener Rathaus hielten die Geschäftsführerin der Initiative Minderheiten, **Cornelia Kogoj**, und die Journalistin und Autorin **Solmaz Khorsand**.

Wir gratulieren sehr herzlich.



Gerlinde Affenzeller (SOS-Mitmensch) und Bernard Sadovnik
Foto: Victoria Nazarova

Fragile Systeme – SOHO-Herbstaussstellung

Die Jahresausstellung 2026 des Kunst- und Kulturvereins „**SOHO in Ottakring**“ widmet sich unter dem Titel „**Fragile Systeme**“ der Sichtbarmachung verletzlich und zugleich widerstandsfähiger ökologischer Beziehungen zwischen Mensch und Natur.

Die Inhalte der Ausstellung basieren auf einem intensiven Austausch zwischen Kunst und Wissenschaft, der bereits im Frühjahr begann. Ein Herzstück dieses Prozesses ist das Projekt „**Otros Futuros**“ (Andere Zukünfte) der kolumbianischen Künstlerinnen **Susana Ojeda** und **Marcela Torres-Heredia**. In Workshops und zum Beispiel in einem Gespräch mit der indigenen Linguistin **Bárbara Muelas Hurtado** untersuchten sie, wie radikal anders die Misak-Kultur Raum und Zeit wahrnimmt.

Diese Einblicke fließen nun in die künstlerischen Arbeiten für den Herbst ein. Ziel ist

die Vision einer „**casa común**“: eines gemeinsamen Hauses für Menschen, Natur und kommende Generationen. So wird die Ausstellung zu einem Ort, an dem alternative Zukünfte jenseits des Kapitalismus sichtbar und spürbar werden.

Künstler:innen: **Jaskaran Arnard | Daniela Brill Estrada | Dakshayini Gowda | Susana Ojeda und Marcela Torres-Heredia – estudio elgozo | Jatun Risba | Hansel Sato und Vasilena Gankovska**

Kuratiert von:
Marie-Christine Hartig, Hansel Sato, Ula Schneider – SOHO Team

Eröffnung:
5. 11. 2026
6. 11. – 3. 12. 2026
Ort:
SOHO STUDIOS
Liebknechtgasse 32, 1160 Wien

sohostudios.at



„Egal, mit wem ich sprach, die Stimmung war dieselbe: Wir müssen etwas tun, wir können nicht einfach nur zuschauen.“^[1]

Mit diesen Worten beschreibt der Schriftsteller **Josef Haslinger** die beklemmende Atmosphäre im Winter 1992, als Jörg Haiders rassistisches Volksbegehren „Österreich zuerst“ das Land spaltete. Das Ergebnis waren die Gründung von **SOS Mitmensch** und das legendäre **Lichtermeer** 1993. Sechs Jahre davor war Österreich schon einmal tief gespalten: Die Waldheim-Affäre von 1986 hatte das Land in eine schwere Identitätskrise gestürzt, antisemitische Ressentiments offengelegt und eine erste große Welle zivilgesellschaftlichen Protests ausgelöst.

Aus diesen Protesten entstanden bleibende Strukturen. Die Aufbruchsstimmung führte 1991 auch zur Gründung der **Initiative Minderheiten** – mit der Vision, unterschiedliche Diskriminierungserfahrungen zu bündeln und Allianzen zu schmieden.

Wie eng die Netzwerke von Beginn an verwoben waren, zeigt ein Foto vom Gründungsfest des **Romano Centro** im selben Jahr: Es fand in den Räumlichkeiten des **Republikanischen Clubs – Neues Österreich** statt, der wiederum 1986 als direkte Antwort auf die Waldheim-Affäre ins Leben gerufen worden war.

Dieses Heft blickt auf die Entstehungsgeschichte der zivilgesellschaftlichen Organisationen, die damals wie heute unverzichtbar sind. Die Mahnung „Bleiben wir wachsam“ ist das verbindende Motiv der folgenden Beiträge:

Den Auftakt bildet ein Essay von **Hakan Gürses**. Der langjährige Chefredakteur der **Stimme** holt politisch wie persönlich ein halbes Jahrhundert weit aus, um den Bruch zwischen der „alten“ Arbeiterbewegung und den neuen sozialen Bewegungen herauszuarbeiten. Seine Analyse zeigt zudem, dass manche problematischen Gegenwartsercheinungen – wie Cancel Culture, ungeprüftes „Wissen“ oder der Anspruch auf die *eine* Wahrheit – eine längere Vorgeschichte haben.

Zum 40. Geburtstag des **Republikanischen Clubs – Neues Österreich** zieht Vorstandsmitglied **Sibylle Summer** Bilanz: ein historischer Rückblick auf die Protestbewegung rund um das legendäre „Waldheim-Holzpferd“ und die andauernde Notwendigkeit, auf antijüdische Ressentiments zu reagieren.



In einem sehr persönlichen Essay erzählt die Ethnomusikologin **Ursula Hemetek** die Entstehungsgeschichte der **Initiative Minderheiten** und wie aus unterschiedlichen Diskriminierungserfahrungen ein neuer Minderheitenbegriff entstand. Die Politologin **Mirjam Karoly** zeichnet die Entwicklung von **Romano Centro** nach – von den frühen Kämpfen um Anerkennung der Rom:nja bis hin zu einer professionalisierten Bewegung.

Seit 35 Jahren leistet die **asylkoordination österreich** Widerstand gegen eine Politik der Abschottung. Die Mitbegründer:innen **Anny Knapp** und **Herbert Langthaler** blicken auf Meilensteine des Flüchtlingsschutzes zurück.

Wie entsteht aus Protest dauerhafter Widerstand? **Martin Schenk**, Sozialexperte und ehemaliger Vorsitzender von **SOS Mitmensch**, erinnert an die Entstehung der Bewegung und das „Kraftwerk Lichtermeer“, das den Weg für bleibende Initiativen wie das Integrationshaus oder die Armutskonferenz ebnete. Doch kein Fortschritt ist unumkehrbar: Im **Stimme**-Gespräch reflektiert die Journalistin **Irene Brickner** die gesellschaftlichen Umbrüche rund um die Waldheim-Affäre, die Rolle der Zivilgesellschaft als demokratisches Korrektiv und die Gefahr politischer Regression. Ein Plädoyer für Wachsamkeit gegenüber Desinformation und demokratischen Rückschritten.

Der Blick zurück ist nie Selbstzweck. Vielmehr bietet er die Gelegenheit, historische Erfahrungen mit politischen Herausforderungen der Gegenwart zu verbinden – Herausforderungen, die vor vier Jahrzehnten jenseits jeder Vorstellungskraft lagen.

Wir werden gewiss darüber nachdenken, was versäumt wurde und was es heute besser zu machen gilt. Doch davor dürfen wir uns auch selbst feiern:
Happy Birthday!

^[1] Aus dem Interview mit Josef Haslinger im Rahmen der Ausstellung „Man will uns ans Leben. Bomben gegen Minderheiten 1993–1996“, 2004.

Immer wieder Identität

Das 20. Jahrhundert wurde eingeläutet mit dem Begriff *Klasse* und endete mit dem Begriff *Identität*. Zwei schlichte Wörter standen ein „kurzes Jahrhundert“ hindurch im Zentrum von Aufständen, sozialen Bewegungen, politischen Debatten, medialen Inszenierungen und nicht zuletzt wissenschaftlichen Forschungen.

Lassen wir einmal die „Identitätspolitik“ beiseite, die zwar in dieser Zeitschrift oft kritisch besprochen wurde, es indes nicht verdient hat, mittlerweile nur als Schimpfwort Erwähnung zu finden. Während diese Politik und die (mitunter kritische) Literatur darüber fröhliche Urstände feiern, scheinen kollektive Identitäten selbst heute nicht mehr den beliebtesten Gegenstand der Sozialwissenschaften wie in den 1990er und den Nullerjahren zu bilden. Damals wollten die Studien das Wesen sozialer Identitäten verstehen, den Mechanismus der Zugehörigkeit erklären und ihren Anteil an politischen Entwicklungen aufzeigen.

Wenn in den letzten zwei Dekaden wissenschaftliche Texte zu diesem Thema erschienen sind, so in erster Linie als Dekonstruktionsversuch. Amartya Sen's Bestseller aus dem Jahr 2006 (dt. 2007) trug den Titel *Die Identitätsfalle*, Amin Maalouf wiederum nannte sein Essay *Mörderische Identitäten* (1998 / dt. 2000), und das jüngere Buch *Identitäten. Die Fiktionen der Zugehörigkeit* (2018 / dt. 2019) von Kwame Anthony Appiah, ein philosophischer Beitrag zum Thema, ist eine Kritik an Identitätskonzepten und deren wissenschaftlicher Würdigung.

Aller Kritik zum Trotz bewegen ethnische oder religiöse Identitäten – und nicht nur bewusste Strategien der „emanzipatorischen“ Identitätspolitik – heute ungebrochen Individuen ebenso wie Gruppen. Sie bewegen Individuen zu Gruppen. Sogar die Klasse erlebt – zumal im wissenschaftlichen Kontext – eine Renaissance: Die Frage nach Klassenzugehörigkeit, inzwischen als marxistische Kategorie aus dem Haus linker Intellektueller verbannt, kommt als erweiterter Habitus-Begriff durch die Hintertür wieder hinein: als *Klassen-Identität* und als Diskriminierungskategorie *Klassismus*.

Wenn wir den Blick von westeuropäischen und nordamerikanischen Fachdebatten sowie von sozialen Bewegungen ab- und zur globalen Lage hinwenden: Im Namen der kollektiven Identitäten wird nicht nur soziale Gerechtigkeit angestrebt, sondern weiterhin munter diskriminiert, ausgegrenzt, verfolgt, gemordet. Zugehörigkeit hat uns also als Sehnsucht und Fluch nie wirklich verlassen.

Verschiedenheit ist ein Wesensprinzip aller (Lebe-) Wesen. Unsere auf unversöhnlichen Gegensätzen, auf Zweigliedrigkeit basierenden Sprachen sind jedoch nicht imstande, Differenz an sich auszudrücken. Sie wird als das Andere formuliert: das, was ich nicht bin, was wir nicht sind. Identitäten sind Wörter für Differenzen, die wir nicht in ihrer gesamten Reichweite wahrnehmen können (oder wollen) und auf nur ein Merkmal der Verschiedenheit reduzieren: auf Anderssein.

Identität ist Fremd- und Selbstzuschreibung in einem. Ich werde von anderen als jemand identifiziert, ich versuche aber zugleich, mit einem Selbst ident zu sein, das ich entworfen habe.

Eine Analogie kann diesen subjektiven/individuellen und objektiven/kollektiven Aspekt besser verstehen helfen: Identität ist wie ein Name, den mir andere (etwa meine Eltern) gegeben haben, der *ihre* Wünsche, *ihre* Sehnsüchte, *ihre* Tradition in sich trägt, aber *mich* ein Leben lang begleiten wird, mit dem ich irgendwie umgehen, mich herumschlagen, „identifizieren“ muss. Natürlich kann ich den Namen auch ablegen, mir einen anderen Namen geben. Doch sind auch andere Namen nicht frei von Zuschreibungen: Gender, Sprache, Herkunft, Religion, ja sogar soziales Milieu sind in sie eingeschrieben. Das gilt ebenso für Identitäten.

Zudem bedeutet es nicht, dass die Änderung der Selbstzuschreibung eine direkte Auswirkung auf die Fremdzuschreibung haben muss. Wenn ich etwa auf die Frage, welcher Nationalität ich bin, wahrheitsgemäß mit „Österreich“ antworte (denn ich habe ja die und *nur* diese Staatsbürgerschaft), folgt fast immer die Nachfrage: „Ja, aber woher kommst du *wirklich*?“

Amin Maalouf drückt diese Sache poetischer aus: „Denn oft ist es unser Blick, der die anderen in ihrem engsten Identitätsmuster einsperrt – so wie es auch unser Blick ist, der sie daraus befreien kann.“^[1]

Ob mörderisch oder politisch notwendig, ob bereichernd oder einschränkend – Zugehörigkeit in Gestalt von kollektiven Identitäten ist eine Form der *Subjektwerdung*, die unsere Gesellschaften beherrscht und so leicht nicht aus der Welt verschwinden wird.

^[1] Amin Maalouf (2000): *Mörderische Identitäten*. Frankfurt/M., S. 24.

Hat die Waldheimaffäre einen Paradigmenwechsel bewirkt?

VIKTTHEMA

SLÄNDER
als Chauffeur auch
Stur
e
Haid
die erste Stürbung
nicht die letzte
Pol-Leichen säumt
Liberalen nicht
den untergeordnete
le spielt, ob jemand
Copf ist oder nicht
das nebensächlichste
Christian G. Al-

von seinen prominenten Verteidigern, wie der in Wien geborenen, englisch-schweizerischen Lord George Gordon Byron, auch Simon Wiesenthal. Er verweigert aber die von Wiesenthal angedeutete Forderung, im Mann-Stellenamt der Waldheimaffäre der verantwortlichen Offiziere, hatte man keine Gelegenheit, den Krieg der Nazis auf dem Balkan

Im Interview: Verlags ist Kurt Waldheims Autobiographie „Die Antwort“ erschienen. Von ANDREAS MASLINGER

Sollte die Demonstration friedlich verlaufen?

Waldheim: Herr Waldheim, Sie sind im Ausland. Wie fühlen Sie Ihre Pflicht? Treten Sie für...

AUFBRUCH UND ALLIANZEN

1986 – 2026

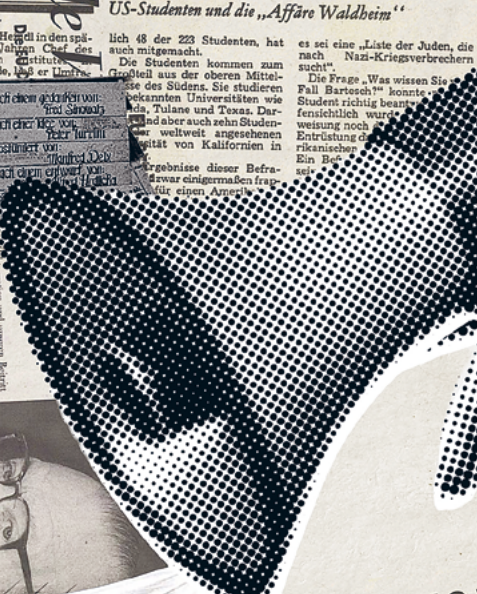


Jahrzehnte zivilgesellschaftlichen Widerstands

Bedenklich ahnungslos

US-Studenten und die „Affäre Waldheim“

Die 48 der 223 Studenten, hat auch mitgemacht. Die Studenten kommen zum Großteil aus der oberen Mittelschicht der Südstaaten. Sie studieren an bekannten Universitäten wie Tulane und Texas. Darunter aber auch zehn Studenten aus der weltweit angesehenen Universität von Kalifornien in Berkeley. Ergebnisse dieser Befragung sind einermassen fragwürdig für einen Amerikaner.



DAS VOLKSBEGEHREN

Ein Moralthologe analysiert die angeliefene K... Von Andreas Laun



Die Schlafstörungen der Historiker im Wortlaut



EIN MANN MIT ERFAHRUNG. EIN MANN FÜR ÖSTERREICH.

Jetzt erst recht!

Zeiten der Unruhe

Eine sehr persönliche Zeitgeschichte der sozialen Bewegungen

Um die letzten 35 Jahre zu verstehen, muss ich ausholen und diese Geschichte in Erinnerung rufen, die vor 50 Jahren begann. Ich muss sie allerdings als **meine** Geschichte erzählen, denn ich habe sie erlebt, und sie war nie nur privat.

I.

Als die Soldaten die Tür des Klassenzimmers aufschlugen und sich im Schlepptau des Schuldirektors neben den gerade unterrichtenden Physiklehrer stellten, wusste ich, dass mein Leben nun eine Wendung genommen hatte. Der Unteroffizier, ein kleiner Mann mit Glupschaugen, las mit einiger Mühe drei Namen vom Zettel herunter, die ihm gewiss der Direktor aufgeschrieben hatte. Nach jedem gelesenen zeigte dieser auf den Besitzer des Namens, meiner war auch darunter, also musste ich aufstehen.

Die Soldaten schubsten uns auf dem Korridor die Treppen hinunter, wo die weiteren, aus ihren Klassen abgeholt, fünf Schüler*innen warteten. Wir hatten in unserer Istanbuler Schule eine Versammlung initiiert und gegen die neuen, restriktiven Disziplin-Richtlinien für Gymnasien protestiert.

Die Gruppe wurde in zwei Kleinbusse gehievt. Wir fuhren in die Erste Abteilung der Polizei, jene für die politischen Gefangenen. Das war meine erste Festnahme. Ich war 17 Jahre alt.

II.

Klasse war für meine Generation von Marxist*innen die politische Richtschnur, folgerichtig auch die heilige Kuh, nicht nur in der Türkei. Wir diskutierten über Klassenverhältnisse, Haupt- und Nebenwiderspruch, Klassenkampf und natürlich Revolution. Letztere war an sich eine klare Sache: Übernahme der Macht, naturgemäß mit Gewalt, da der Staat das Gewaltmonopol nicht freiwillig aufgeben würde, Abschaffung des Privateigentums und stufenweise Fortschreiten zur klassenlosen Gesellschaft durch die Diktatur des Proletariats.

Aus heutiger Sicht mutet es seltsam an, dass in den 1970er Jahren junge Menschen trotz der – inzwischen auch im Westen bestens bekannten – stalinistischen Untaten und der schlimmen Lebensbedingungen im „Realsozialismus“ noch immer weltweit bereit waren, sich der marxistischen Linken anzuschließen.

Vermutlich spielten drei Gründe dabei eine Rolle. Die 1968er-Bewegung

ging im Laufe ihrer Revolte gegen das Establishment an, insbesondere durch den Vietnamkrieg, den US-Imperialismus und den kapitalistischen „way of life“ zu hinterfragen. Dann: Die antikolonialen Revolutionen und Aufstände, allen voran in Lateinamerika, erblickten ihr Ziel, nicht zuletzt durch sowjetische „Hilfe“, allmählich im Sozialismus. Die Jugend der sogenannten halb-kolonialen Länder folgte dem eigenen imaginären Che Guevara. Und schließlich: Der *westliche Marxismus*, der durch die radikale Re-Lektüre marxistischer Klassiker eine alternative Form des Sozialismus jenseits dessen realer Version nahelegte, wurde, wenngleich sehr langsam, auch im Globalen Süden bekannt.

Ich gehörte einem kleinen Kreis von Student*innen und Schüler*innen an, die sich um eine Zeitschrift versammelt hatten, deren Ausrichtung eben dieser westliche Marxismus bildete. Wir hielten den Realsozialismus für verfehlt und plädierten für eine Aufarbeitung des Stalinismus.

Gewalt war zwar stets präsent: als staatliche oder von faschistischen Organisationen (etwa von „Grauen Wölfen“) ausgeübte nackte Gewalt im Alltag. Manche Stadtteile stellten für uns ein gefährliches Terrain dar. Die Rechten verübten an den Universitäten und auf der Straße gezielte Anschläge auf die Linken. Bei fast jeder Demonstration mussten wir mit Schüssen rechnen, die auf uns gefeuert wurden. Ein Großteil der linken Gruppen verstand sich seinerseits als bewaffnete Bewegung, und diese wandten manchmal auch gegeneinander Gewalt an.

In der Welt der Revolutionäre gab es nur *eine* Wahrheit. Es sprach demnach immer das Klassenbewusstsein aus dir: Du warst auf dem proletarischen Pfad (allerdings nur für die eigene unter den mehr als 50 Fraktionen) oder ein Klassenfeind, im besten Fall ein Abweichler/Revisionist. Die Klassiker standen dabei Pate, im wahrsten Sinne des Wortes, obwohl ihre wenigen Übersetzungen etwa ins Türkische unverständlich schlecht waren. Indoktrination bildete die verbreitete Lernform, Dogma das gültige Wissen.

Heute frage ich mich nicht selten, ob die gegenwärtigen „linken“ Diskurse und Personen nicht nach einem ähnlichen Muster funktionieren: ungeprüftes Wissen aus zweiter Hand, mit Hilfe eines aufgeschnappten Jargons „erlernt“ und weitergegeben, stete Bereitschaft, sich an einem Freund-Feind-Schema zu orientieren, den Feind auszuschließen und ihm das Wort zu verbieten. Insbesondere bei manchen antirasistisch-postkolonial ausgerichteten Diskursen werden heute Alarmglocken in meinem Hinterkopf laut.

Inzwischen hatte ich in Ankara ein technisches Studium aufgenommen und war im studentischen Theaterclub aktiv, in dem die größte linke Gruppe der Türkei das Sagen hatte. Obwohl ich nicht der Fraktion angehörte, war ich dort relativ willkommen, da ich bereits Wissen und Erfahrung im „epischen Theater“

Brechts vorweisen konnte. Bis man mich eines Tages unter Gewaltandrohung aus dem Club rauswarf – ein Angehöriger der Fraktion hatte ein anderes Stück als ich für das Uni-Festival vorgeschlagen, und ich hatte etwas zu lang und „theoretisch“ für meinen Vorschlag argumentiert. Die Erfahrung mit „Canceln“ machte ich also bereits im Jahre 1980.

Kurz danach wurde in der Türkei linke Politik insgesamt „gecancelt“: Das Militär ergriff durch einen Putsch die Macht und fing an, Tausende von jungen Menschen einzusperren, zu foltern und zu töten. Ein paar Monate später suchte ich das Weite und landete in Wien.

III.

„Ihr wollt eine Zeitschrift drucken? Dann müsst ihr zu den Trotzlisten, die haben eine Druckerei.“

Ich hatte in Wien mit dem Philosophiestudium begonnen und wohnte gemeinsam mit weiteren linken Student*innen, größtenteils aus der Türkei, in einer WG. Der Tipp für die Druckerei durch Genoss*innen war ein guter Zufall, wir standen ohnehin im Kontakt mit einer trotzkistischen WG. Es war die Zeit der Wohngemeinschaften, der Latzhosen und der Reclam-Hefte. Wir besuchten uns gegenseitig, tranken schlechten Rotwein aus Dopplerflaschen, aßen mitgebrachten Nudelsalat oder Eieraufstrich und redeten aufgeregt über politische Grundsatzfragen. Aus der Zeitschrift wurde nichts.

Vieles war nicht anders als kurz davor in Istanbul oder Ankara. Physische Gewalt fehlte zwar, verbaler Zwang und starrer Dogmatismus herrschten indes genauso auch hier. Zwei Dinge waren allerdings Neuland für mich. Erstens die Autonomie, die auf den Demonstrationen sozialismuskritische, aber durchweg kreativ-lustige Parolen skandierten, „Hoch, die internationale Kinderschokolade!“ zum Beispiel. Das gefiel mir, wiewohl ich das für mich behielt. Zweitens gab es hier Feminismus und Friedensbewegung, wenn auch noch nicht mit viel Auswirkung auf

die Praxis. Ich hörte das erste Mal die Namen Bertha von Suttner und Adelheid Popp; Alexandra Kollontai und Rosa Luxemburg waren mir bereits bekannt, in erster Linie aber als treue Kommunistinnen.

Was ich mitgebracht hatte, war ein weiterer Name: Rudolf Bahro. Einer aus meinem Kreis hatte ihn einmal erwähnt. Bahro, der Autor des 1977 erschienenen Buches *Die Alternative*, war in der DDR ein Dissident und ging nachher in den Westen. Seine weitere Lebensgeschichte ist eher tragisch. Aus einem Exemplar von *Die Alternative*, das ich damals für einige Wochen in die Hände bekam, konnte ich mit meinen bescheidenen Deutschkenntnissen (ich besuchte das zweisprachige *Istanbul Gymnasium*) Folgendes herauslesen: Will man den Sozialismus erfolgreich aufbauen, muss der Aufbau *vor* der Revolution beginnen. Diese muss zudem neben den gesellschaftlichen Strukturen auch die *Menschen* verändern, welche die neue Gesellschaft bilden sollen.

Das Wort „Alltagshandeln“ machte in Wien die Runde, und ich merkte, dass es in der hiesigen Szene durchaus Leute gab, die ihr Leben nach linken (und zum Teil frühchristlichen) Idealen zu gestalten suchten. Man sprach bereits von den „Alternativen“, mit einem hämischen Unterton, die das Alltagshandeln dem Warten auf die Revolution vorzogen. Sie versuchten das richtige Leben im falschen, dem Spruch Theodor W. Adornos zum Trotz.

In dieser Zeit sah ich eine Fernsehreportage mit dem Titel „Roma und Sinti im NS-Regime“. Auch das war neues Wissen für mich. Das Thema „Minderheit“ sollte nach linkem Verständnis unter dem Titel „unterdrückte Völker“ abgehandelt werden, denen das Recht auf Selbstbestimmung zwar zuzubilligen war, allerdings als Vorstufe einer sozialistischen Revolution, am besten freilich gemeinsam mit den Revolutionär*innen des unterdrückenden Volkes.



| Info & Credit auf S. 12.

Die „Kurdenfrage“ war damals (größtenteils leider auch heute) für die türkische Linke uninteressant; der Genozid an Armenier*innen wiederum kein Thema. Ich erinnere mich an den Kommentar eines „Altvorderen“ zu den Anschlägen der *Armenischen Geheimarmee zur Befreiung Armeniens (Asala)* in den 1970er Jahren auf die türkischen Diplomaten: „Sollen sie sich doch gegenseitig fertigmachen!“ Ich teilte die unausgesprochen akzeptierte Haltung der damaligen Linken: Ich bin ein Sozialist, kann ergo kein Täter sein und stehe auf der richtigen Seite.

Zu viele „Sonderinteressen“ ließ das Dogma ohnehin nicht zu. Nebenwidersprüche zu erkennen war in Ordnung, sie durften nur nicht vom Hauptwiderspruch zwischen Arbeit und Kapital, dem Proletariat und der Bourgeoisie ablenken. Geschlechterverhältnisse zählten ebenso dazu wie Forderungen von Lesben und Schwulen oder Behinderten – sowie eben von ethnischen und nationalen Minderheiten.

Meine politische Welt glich in den ersten Wiener Jahren einem Schwarzweiß-Fernsehen, das den antagonistischen Gegensatz zwischen den Klassen gut abbilden konnte. Das Farbfernsehen sollte ich erst nach einigen Jahren entdecken: mit einem Grüntich.

IV.

1983 war der 300. Jahrestag der zweiten Wienbelagerung durch die Osmanen. Das „Türkenjahr“ wurde mit einer Großausstellung im Wiener Künstlerhaus begangen. Das Ausstellungskonzept stieß auch auf Kritik: zu viele Waffen, zu viel Militärgeschichte, kaum Bezug zu den „Gastarbeitern“ heute ...

Im Rahmen der Diskussionen über ein *anderes* Jubiläum kam ich mit einem Kreis von „alternativen“ Student*innen aus dem Burgenland in Berührung, der eine Publikation plante und darin neben den relativ neuen grünen Themen auch einen kritischen Blick auf jene „Gemma Türken schauen“-Ausstellung bieten

wollte. Ich kann mich nicht an das Schicksal des geplanten Artikels erinnern, den ich gemeinsam mit einer Kollegin aus dieser Gruppe hätte verfassen sollen. Es war jedenfalls meine erste Begegnung mit einer der Kerngruppen von den Grünen Österreichs.

Mir kam vor, dass diese jungen Menschen genauso überzeugt und hartnäckig wirkten wie die marxistischen Genoss*innen, aber sie waren friedfertiger und verwiesen in den Diskussionen oft auf Dinge, die bis dahin nicht als politisch galten: In welchen Behältern soll Milch verkauft werden? Mit welchen Transportmitteln sollen wir zu unseren Treffen kommen? Warum sind in der Redaktion so wenige Frauen? Ich war beeindruckt.

Ein Jahr später, 1984, kam es zur Au-Besetzung in Hainburg. Nun saß ich vor dem Fernseher im Studentenheim, sah mir den Journalisten Günther Nenning mit dem Hirschgeweih am Kopf an und verstand nicht, was das Ganze sollte. Lenins

Gleichung, Sozialismus bestehe aus Elektrifizierung plus Sowjets, hing vermutlich noch fest in einer dunklen Kammer meines Denkkapparates.

1986 machte Tschernobyl nicht nur solche Fragen größtenteils obsolet, sondern bereitete auch den Anfang vom Ende des „Ostblocks“. Die Verdichtung der historischen Symbole des Wandels wurde am Maiaufmarsch des Jahres manifest: 70.000 Personen (ich war eine davon) standen im plötzlich einsetzenden Regen, skandierten klassenkämpferische Parolen und wurden möglicherweise einer radioaktiven Auswaschung ausgesetzt.

1986 war überhaupt ein „Knotenjahr“ hierzulande. Der zerbröckelnde Realsozialismus warf seinen Schatten auch auf Österreich, ein erheblicher Teil der Linken fing an, andere Themen als Klassenkampf zu favorisieren: Frieden, Umwelt, Gleichstellung von Frauen – und: Vergangenheitsbewältigung ...

Die Bundespräsidentenwahl fand drei Tage nach dem radioaktiv verregneten 1. Mai statt – u. a. mit: Kurt Waldheim, dessen NS-Vergangenheit im Zuge der Kandidatur bekannt geworden war, was wiederum eine „Jetzt erst recht“-Reaktion in Teilen der Bevölkerung auslöste; Freda Meissner-Blau, erste Kandidatin für dieses Amt und Grüne; Otto Scrinzi, Rechtsaußen des „Dritten Lagers“, der den Aufstieg von Jörg Haider zum FPÖ-Obmann im selben Jahr mitgestaltete.

Die „Waldheim-Affäre“ zog nicht nur die Hinterfragung des Opfermythos nach sich. Sie war ein weiterer Einschnitt in der Selbstorganisation der politischen Gegenkultur. So wurde etwa *Republikanischer Club – Neues Österreich* als zivilgesellschaftliche Plattform gegen Antisemitismus und Geschichtslüge gegründet. Mit dem trojanischen Holzpferd, aus dessen Bauch die Gespenster der Vergangenheit kriechen sollten, war jedenfalls ein politisch-künstlerisches Sinnbild geschaffen – mit Verweis auf das

Bonmot vom damaligen Bundeskanzler Fred Sinowatz: „Nehmen wir also zur Kenntnis, dass nicht Waldheim bei der SA war, sondern nur sein Pferd.“

Wohl völlig ohne Bedeutung für die österreichische Öffentlichkeit, bildete im nächsten Jahr die Entstehung der *Initiative Ausländischer Studierender – IAS* einen wichtigen Schritt in meinem Leben. Damals durften Student*innen, die keine österreichische Staatsbürgerschaft besaßen, bei der ÖH-Wahl zwar wählen, aber nicht kandidieren. Als eine lose Gruppe an der Uni Wien studierender Migrant*innen beschlossen wir, einen bereits eingebürgerten kurdischen Kollegen als Kandidaten aufzustellen. Der Wahlausgang blieb für unsere Liste, wie erwartet, völlig unter der Wahrnehmungsgrenze. Aber sich gegen eine absurd undemokratische Regelung zu stellen und das in einigen Medien kundtun zu können, hatte uns Mut gemacht. Überdies wurde die Wahl im nächsten Jahr aufgehoben, weil eine rechtsextreme Liste unter dem Fake-Namen *Grüne Österreichs* mit Verbindung zur verbotenen NDP daran teilgenommen hatte.

Der 50. Jahrestag des „Anschlusses“ wurde in Österreich 1988 unter dem offiziellen Titel „Bedenkjahr“ veranstaltet. Ich bin mir bis heute nicht sicher, ob die Reden und Aktionen des besonderen Jahres der Aufarbeitung der eigenen Beteiligung am NS-Regime gedient haben oder doch der Stärkung der Opferthese. Im Burgtheater wurde jedenfalls Thomas Bernhards Stück *Heldenplatz* aufgeführt, das ebenso zum medial inszenierten „Volkszorn“ führte wie das sogenannte Hrdlicka-Denkmal gegen Krieg und Faschismus auf dem Wiener Albertinaplatz.

Das im Vergleich zu Deutschland viel zu spät erfolgte Gedenken an das NS-Regime und die offizielle Ächtung des Antisemitismus fielen in eine Zeit hinein, in der der (damals „Ausländerfeindlichkeit“ genannte) Rassismus gegen Migrant*innen und

Geflüchtete rapide salonfähig wurde. Dies hatte – nicht nur in Österreich – eine natürliche Allianz zwischen zwei gesellschaftskritischen Strängen zur Folge: dem Antifaschismus und dem Antirassismus.

Die Trennung der Wege dieser beiden linken Bewegungen sollte später durch zwei Brüche erfolgen: zunächst ab 2000, im Zuge der Proteste gegen die schwarz-blaue Koalition, dann heute, im Anschluss an die Gräueltaten der Hamas in Israel am 7. Oktober 2023.

V.

Bereits die Vorzeichen der „Wende“ im Jahr 1989 hoben meine ohnehin verworrene politische Welt aus den Angeln. Ich bezeichnete mich zwar durchweg als links, aber lange nicht mehr als Marxist; mit dem Realsozialismus hatte ich schon in den 1970er Jahren nicht sympathisiert. Ich weinte dem zusammenbrechenden System keine Sekunde nach, dennoch brach etwas in mir. Als ich gegen den Schluss vor dem Fernseher sah und mit großer Sorge die Nachrichten über die Heckenschützen der rumänischen *Securitate* verfolgte, wohnen zwei Seelen in meiner Brust: Ich hatte Angst um weitere Opfer und wollte, dass man diese Mörderbande fasste und gerecht bestrafte. Zugleich tat es weh, zu wissen, dass das Ende endgültig war und auch das Ende meiner Jugend mitsamt ihren Idealen bedeutete.

Ein weiteres Fernsehereignis prägt noch heute meine Erinnerung an das Wendejahr. Ich wurde zu einer *Club 2*-Diskussion eingeladen: als *türkischer* Doktoratsstudent der Philosophie (der Moderator sagte im Wortgefecht: „Sie sind eingeladen, weil Sie ein gescheiter Türke sind“), der obendrein in einer Band zusammen mit Griechen spielte. Abgesehen von dem Ablauf der Sendung, der ein kommunikatives und politisches Desaster darstellte, blieb mir vor allem der Titel nachgerade sinnbildlich in Erinnerung. In der Einladung war „Die multikulturelle Gesellschaft“ als Thema angegeben; wohl das



Roundtable-Gespräch
anlässlich 10 Jahre
Initiative
Minderheiten, 2001

Mit Gerd Valchars,
Cornelia Kogoj,
Gamze Ongan, Hakan
Gürses (beide auch
auf S. 10) und
Vladimir Wakounig

Fotos: Mehmet Emir

erste Mal würde dieses geflügelte Wort der 1990er Jahre hierzulande fallen – hätte die Redaktion den Titel nicht in letzter Minute geändert. Am Tag der Sendung las ich in der Zeitungsankündigung den *Club 2*-Titel: „Stehen die Russen vor Wien?“

Eine neue Weltordnung wurde schrittweise angekündigt. Eine Reihe von neuartigen Kriegen war die Folge: beginnend mit dem sogenannten Zweiten Golfkrieg 1990 und dem Jugoslawienkrieg 1991. *Das Ende der Geschichte*, der Titel einer Schrift des Politologen Francis Fukuyama, verkündete das Ende des bipolar aufgestellten Systems der „Supermächte“, wurde öffentlich vor allem aber als Sinnpruch zur Befriedung des Klassenkampfes ausgelegt. *Kultur* wurde zum Universalschlüssel der sozialwissenschaftlichen Analyse. Angriffe und Anschläge auf Migrant*innen und Asylwerber*innen-Heime begleiteten die neue Ordnung der Kriege im Inneren.

Ich hatte meine Aufmerksamkeit seit Mitte der 1980er Jahre intensiv den sogenannten postmodernen Autor*innen gewidmet. Entwicklungspolitisch engagierte Linke lasen *Orientalismus* von Edward Said,

eine jüngere Generation von Feministinnen las *Das Unbehagen der Geschlechter* von Judith Butler. Der Postmarxismus kam mit der Theorie der *Radikalen Demokratie* (Chantal Mouffe und Ernesto Laclau) auf. Der Wandel war vollzogen, die neuen sozialen Bewegungen dominierten allmählich in Theorie, Forschung und Organisationslandschaft. *Klasse* war inzwischen out, das Geflecht *Differenz/Identität* war in.

In dieser Gemengelage entstand 1991 die *Initiative Minderheiten* mitsamt der Zeitschrift *Stimme*. Ich trat der Organisation im Jänner 1993 bei, am Tag des „Lichtermeers“, das die neu gegründete NGO *SOS Mitmensch* gegen das „Ausländervolksbegehren“ der FPÖ veranstaltete.

Ich erfuhr viel über Minderheiten, übte mich darin, die Gesellschaft aus einer minoritären Perspektive zu betrachten. Ich lernte, schrieb und unterrichtete in den nächsten Jahren viel über die politischen Theorien der neuen sozialen Bewegungen aus dieser Perspektive.

Als die *Volksstimme*, Zeitschrift der KPÖ, den kommunistischen

Schriftsteller und *Stimme*-Autor Erwin Riess und mich 1995 zu einem Streitgespräch mit dem Parteivorsitzenden Walter Baier einlud, merkte ich, wie deutlich der Bruch zwischen der „alten“ Arbeiterbewegung und den neuen sozialen Bewegungen mittlerweile geworden war. Jedenfalls in meinem eigenen Denken.

Der Rest ist Geschichte – der letzten 35 Jahre. Wie diese verlaufen ist, wie wir Mitarbeiter*innen und Aktivist*innen der *Initiative Minderheiten* und anderer in diesen Jahren entstandenen NGOs sie wahrgenommen und darauf reagiert haben: Das kann in den bisher 139 Heften der *Stimme* nachgelesen werden. Und in den Beiträgen des vorliegenden Heftes.

Auch diese Geschichte erlebt allerdings gerade einen Wandel, ja sogar einen Bruch. Dazu haben wir, habe auch ich, in den letzten Jahren einiges geschrieben. Wie das Ganze dann ausgegangen ist, darüber wird sicher, jedenfalls hoffentlich, jemand in 35 Jahren schreiben.

Kein Land frei von Vergangenheit

Der Republikanische Club – Neues Österreich feiert seinen 40. Geburtstag

Als 1986 das hölzerne SA-Pferd durch Wien rollte, brach eine Bewegung mit der österreichischen Lebenslüge. Seit 40 Jahren liefert der Republikanische Club den nötigen Gegenwind in einem Land, das seine Vergangenheit am liebsten ruhen lassen wollte.

Der Republikanische Club – Neues Österreich wurde 1986 in Wien im Zuge der Waldheim-Affäre gegründet. Kurt Waldheim war sowohl als Kandidat als auch später als gewählter österreichischer Bundespräsident nicht in der Lage, seine Vergangenheit während der Zeit des Nationalsozialismus offenzulegen. Er verdrängte, verharmloste und reagierte gereizt. Er habe nur „seine Pflicht“ getan, zischte er. Die Partei (ÖVP), die ihn als Bundespräsidentenskandidaten aufstellte, sprach damals von einer „Campaign“ der „Ostküste“ gegen ihren Kandidaten.

Das ursprüngliche Ziel der Gründer:innen des Clubs^[1] war es, die Beteiligung der Österreicher:innen an den Verbrechen des Nationalsozialismus aufzuarbeiten, denn „die Affäre-Waldheim war nur Anlass, nicht Ursache unserer Auseinandersetzung. Waldheim war bloß ein Symbol, war nicht das eigentliche Problem, sondern dessen unappetitliches Symptom“, wie Gründungsmitglied Doron Rabinovici

in einem Beitrag 1990 schrieb.^[2] Es gelte nach wie vor, Öffentlichkeit für die Thematisierung des „eigentlichen Problems“ zu schaffen. Die Kernaufgabe des Republikanischen Clubs – Neues Österreich findet sich auch im vollständigen Vereinsnamen wieder: „Verein zur Aufhellung der jüngsten österreichischen Geschichte und zur Förderung ihrer Behandlung in der Gegenwart“.

Ein trojanisches Pferd für Wien

1986 sagte der damalige österreichische Bundeskanzler Fred Sinowatz bei der Pressekonferenz zur Wahl von Kurt Waldheim: „Nehmen wir also zur Kenntnis, dass nicht Waldheim bei der SA war, sondern nur sein Pferd.“ Diese Aussage lieferte dem einstigen Unterhaltungschef des ORF Kuno Knöbl

die Idee zu einem trojanischen Pferd – jenem Holzpferd mit dem Namen Waldheim, aus dessen Bauch „die Ge-spenster der Vergangenheit kriechen“ sollten. Alfred Hrdlicka entwarf bei einer Gesprächsrunde eine Skizze dazu. Das Objekt wurde innerhalb von zwei Wochen von einer Theaterwerkstatt im Auftrag der Gruppe „Neues Österreich“ gefertigt. Kuno Knöbl beschreibt den ersten Auftritt des Pferdes so:

„Für 14 Uhr hatte die Gruppe Neues Österreich eine Demonstration am Stephansplatz angemeldet. Über die Seilerstätte, die Singerstraße erreichten wir den Platz, das Pferd war verhüllt mit Leintüchern. Um vierzehn Uhr dreißig stand es enthüllt, groß, neu, frisch auf der Ladefläche des LKW, ca. sechs Meter hoch über den Passanten – auf dem Kopf eine SA-Kappe, die Manfred Deix gemalt hatte, um dem Zitat von Fred Sinowatz zu folgen. Mikro-

^[1] Kuno Knöbl, Doron Rabinovici, Rubina Möhring, Daniel und Miriam Charim, Silvio Lehmann, Ruth Beckermann, Gustav Glaser, Gaby Lansky, Peter Kreisky u. v. m.

^[2] Doron Rabinovici (1990): Nestbeschmutzer. Protest, Konfrontation und Institution – ein Blick zurück nach vorn. Unter <http://www.repclub.at/geschichte/> (Stand: 23. 5. 2026).



Das Waldheim-Holzpferd wird auf der Piazza Navona in Rom aufgebaut, 1987
Foto: Lukas Beck

phone, Ordner, Freunde, Menschen ... Rosa Jochmann war eine der ersten Rednerinnen ... vor 5.000 Menschen. Eine Stunde später waren es 10.000 und als „Ö3“ über das wundersame Geschehen berichtete, war der Graben, die Kärntner Straße voll mit Zusehern und Zuhörern.

Wenig später: Das Holzpferd stand bei der Staatsoper, vis-à-vis der VP-Zentrale. Texte von Peter Handke, Elfriede Jelinek wurden verlesen, Doron Rabinovici, Peter Kreisky, Silvio Lehmann sprachen.^[3]

In der Folge sollte das Pferd mit der SA-Kappe Waldheim auf einer seiner wenigen Auslandsreisen nach Rom ebenso begleiten wie innerhalb Österreichs zu den Salzburger Festspielen. Längst ist es zu einem historischen Zeugnis für zivilgesellschaftliches Engagement und zum begehrten Ausstellungsobjekt für Theater und Museen geworden, erstmals 2005 bei der Ausstellung „Jetzt ist er böse, der Tennenbaum“ im Jüdischen Museum Wien. Das „Waldheim-Holzpferd“ wurde zum Logo der Bewegung, die im Republikanischen Club ihre Heimat fand. Nachdem der Club über 20 Jahre lang in der Rockhgasse ansässig war, zog er 2022 in die Fischerstiege (1010 Wien). Das Holzpferd selbst lagerte jahrelang zerlegt in den Clubräumen. Nach einer Zwischenstation im Haus der Geschichte Österreich (hdgö) hat es inzwischen einen prominenten Platz in der Dauerausstellung im Wien Museum gefunden.

Kuno Knöbl und Barbara Coudenhove-Kalergi brachten den Namen „Neues Österreich“ in die Vereinsbezeichnung ein. „Neues Österreich“ war die erste antinazistische Zeitung nach 1945; sie wurde 1967 eingestellt.^[4]

Von Anfang an versuchten die Aktivist:innen des Clubs, den Diskurs in den öffentlichen Raum zu tragen: mit Mahnwachen – etwa am Stephansplatz –, Demonstrationen, Straßendiskussionen usw.

Die Jahre des großen Protests

1986 war auch das Jahr, in dem Jörg Haider die Führung der FPÖ übernahm. Trotz seiner Aussage von 1988 über Österreich als „ideologische Missgeburt“ und seiner Verharmlosung der nationalsozialistischen Verbrechen – wie etwa mit seiner Äußerung von 1991 über die „ordentliche Beschäftigungspolitik“ im Dritten Reich – hatte Jörg Haider, wie andere Rechtspopulisten in Europa auch, bei Wahlen Erfolg. Das 1992 von der FPÖ initiierte „Ausländer-Volksbegehren“ hatte ein breites Bündnis an Gegner:innen zur Folge. Dieses organisierte am 23. Jänner 1993 das le-

gendäre Lichtermeer auf dem Wiener Heldenplatz. Neben SOS Mitmensch war der Republikanische Club eine der Trägerorganisationen dieser historischen Kundgebung. Mit rund 300.000 Teilnehmer:innen zählt sie bis heute zu den größten Demonstrationen der Zweiten Republik – ein unübersehbares Zeichen gegen Rechtspopulismus, Hetze und Fremdenfeindlichkeit.

Am 4. Februar 2000 kam es zur ersten Regierungskoalition unter Beteiligung der Haider-FPÖ. Es folgten massive Proteste; am 19. Februar 2000 versammelten sich erneut über 200.000 Menschen unter dem Motto „Keine Koalition mit dem Rassismus“ am Heldenplatz. Berühmt wurden auch die Donnerstagsdemonstrationen, die sich bis 2006 fortsetzen sollten. Der Republikanische Club war Teil der „Demokratischen Offensive“ – jenes zivilgesellschaftlichen Bündnisses, das den Protest gegen Schwarz-Blau koordinierte.

Vier Jahrzehnte nach seiner Gründung ist der Republikanische Club immer noch so notwendig wie am ersten Tag. Auch wenn sich die Aktivitäten heute von den Plätzen in die Clubräumlichkeiten verlagert haben: Seit dem 7. Oktober 2023 ist es auf den Straßen Europas ungemütlicher geworden – auch in Wien. Ein verschämter Antisemitismus, der oft „keiner sein will“,^[5] tritt wieder ungeniert und bedrohlich auf. Diese Aggression sowie die drängenden sozialen und ökologischen Krisen der Gegenwart werden im Club nach wie vor leidenschaftlich debattiert.

Sibylle Summer ist seit 1992 Vorstandsmitglied des Republikanischen Clubs – Neues Österreich.

^[3] Kuno Knöbl (2009): Die Geschichte des Waldheim-Holzpferdes. In: Von der Kunst der Nestbeschmutzung. Dokumente gegen Ressentiment und Rassismus seit 1986. Hg. v. Brigitte Lehmann, Doron Rabinovici, Sibylle Summer, Löcker Verlag, S. 29f.

^[4] Siehe: Über einen Namen. Gespräch Sibylle SUMMER mit Kuno KNÖBL. Unter <http://www.repclub.at/geschichte/> (Stand: 23. 5. 2026).

^[5] Richard Schuberth: Vom Antisemitismus, der keiner sein will. Edition TIAMAT 2026. Siehe auch die Buchbesprechung in diesem Heft, S. 32.

Widerstand und Allianzen

Erinnerungen einer Zeitzeugin an die Entstehung der Initiative Minderheiten

Geschichtsschreibung unterliegt immer unterschiedlichen Narrativen, die von vielfältigen Faktoren geprägt werden, sehr oft auch von der Einflussnahme der politisch Mächtigen. Der folgende Text stellt ein sehr persönliches Narrativ dar: meine Sicht auf die Entstehung der **Initiative Minderheiten** vor dem Hintergrund meiner sehr persönlichen Erfahrungen – eine „Geschichte von unten“.

Geboren 1956 als Tochter einer alleinerziehenden Apothekerin in einer kleinen Ortschaft in Niederösterreich begann meine bewusste Erfahrung struktureller Diskriminierung im Jahr 1978 durch meine Heirat mit Herman Hemetek, einem „Tschuschen“, wie damals Zugewanderte aus dem ehemaligen Jugoslawien pejorativ bezeichnet wurden. Diese Gruppe von Menschen waren die sogenannten „Gastarbeiter“, seit den 1960er Jahren angeworbene Arbeitskräfte.^[1] Sie waren „fremd“ und dadurch „gefährlich“, meist männlich, mit schlechten Deutschkenntnissen und einer Unterschicht zugehörig – so das Bild, das man in bürgerlich-ländlichen Kreisen in Österreich von ihnen hatte. Demzufolge reagierte mein gesamtes soziales Umfeld – ausgenommen mein persönlicher Freundeskreis – negativ auf meinen Partner – einschließlich meiner Mutter. Ausgrenzung, Klassismus, Xenophobie, aber auch struktureller Rassismus – all das erlebte ich plötzlich am eigenen Leib.

Meine erste, bis heute fortbestehende Widerstandsstrategie im Umgang mit der Diskriminierung bestimmter Personengruppen in der Gesellschaft entwickelte sich aus meinem Beruf als Ethnomusikologin: die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit den kulturellen und musikalischen Ausdrucksformen eben jener marginalisierten Gruppen, um Vorurteile durch Wissen zu ersetzen.

Herman Hemetek war Jugoslawe aus Kroatien, und ich suchte ein Dissertationsthema im Fach Musikwissenschaft. Die Annäherung an die Herkunftskultur meines Partners mit den Mitteln meiner Forschung war mir wichtig, daher wählte ich als Dissertationsthema die Musik der burgenländischen KroatInnen, einer österreichischen Minderheit bzw. Volksgruppe.^[2] Dabei lernte ich viel; mir eröffnete sich eine neue Welt, nicht nur kulturell, sondern auch politisch.

Forschung mit politischer Agenda

Die Minderheit der burgenländischen KroatInnen erfuhr zu dieser Zeit auf verschiedenen Ebenen Diskriminierung. Die im Artikel VII des Staatsvertrages zugesicherten Rechte waren nur teilweise umgesetzt. 1984 war das Jahr, in dem Marijana Grandits versuchte, Kroatisch als Amtssprache im Burgenland durchzusetzen. Anlass war ihre Hochzeit in Stinatz: Der kroatische Bürgermeister der Gemeinde verweigerte eine standesamtliche Trauung in kroatischer Sprache. Diese Hochzeit war Teil meiner ethnomusikologischen Feldforschung. Dabei lernte ich die Volksgruppenszene kennen, insbesondere das Kroatische Zentrum in der Schwindgasse in Wien sowie deren politische Aktivitäten und Strategien des Widerstands.

^[1] Siehe die virtuelle Ausstellung der Initiative Minderheiten auf www.gastarbajteri.at.

^[2] Ursula Hemetek: Hochzeitslieder aus Stinatz. Zum Liedgut einer kroatischen Gemeinde des Burgenlandes, phil. Diss. 1987.

Ursula Hemetek,
1991 | Foto: privat



Ceija Stojka, 2010 |
Foto: Andrea Härle



Ursula Hemetek mit
Herman Hemetek,
Hrvatski Centar,
2006 |
Foto: Peter Tyran

Ab 1987 arbeitete ich am Institut für Volksmusikforschung der Hochschule für Musik und darstellende Kunst.^[3] Dort wurde mir ermöglicht, über Drittmittelforschung Minderheitenprojekte einzubringen – ein neues Thema an einem Institut, das sich bis dahin vorwiegend mit österreichischer und europäischer Volksmusik beschäftigte.

So begann 1989 meine Forschung zu Musik der Roma in Österreich, zunächst wissenschaftlich, aber sehr bald auch mit politischer Agenda. Was sich mir durch das Kennenlernen einzelner Roma und Romnja eröffnete, war eine für mich neue Dimension von Diskriminierungsmechanismen. Was an tradierten

Vorurteilen, an Ablehnung und Ausgrenzung existierte, war schier unglaublich – man konnte meinen, die Nazi-Diktion zu hören: „Sie sind kriminell, sie stehlen, sind arbeits-scheu, sie sind Fahrende – aber die Musik liegt ihnen im Blut.“ Diesen Vorurteilen begegnete ich quer durch alle Gesellschaftsschichten. Auch die politischen Rahmenbedingungen trugen dazu bei: Die Konzentrationslager Lackenbach und Wals, in denen vorwiegend Roma und Romnja ermordet worden waren, waren nicht als KZs anerkannt, die Verfolgungsgeschichte wurde nur zögerlich aufgearbeitet. Am Arbeitsamt im Burgenland existierte die Kategorie „Zigeuner“ als Zusatz zum Namen, was faktisch Unver-

mittelbarkeit bedeutete. In der Öffentlichkeit existierten nur wenige fundierte Informationen über Roma und Romnja, sie „lebten im Verborgenen“, und das aus gutem Grund. Aber man kann sich wehren.

Der Impuls für ein Minderheitenjahr

Meine Forschung begann mit Ceija Stojka, die als erste Romni aus der „Verborgenenheit“ herausgetreten war und ihre KZ-Erfahrungen in dem Buch: *Wir leben im Verborgenen – Erinnerungen einer Rom-Zigeunerin*^[4] veröffentlichte. Damit stand Ceija Stojka am Beginn einer Romabewegung in Österreich, die 1989 in der Gründung des ersten Roma-Vereines in Oberwart eine rechtliche Grundlage fand.^[5] Eines der politischen Ziele war die Anerkennung als Volksgruppe. Ich kooperierte von Anfang an mit diesem Verein, wurde

^[3] Heute: Institut für Volksmusikforschung und Ethnomusikologie an der Universität für Musik und darstellende Kunst.

^[4] Ceija Stojka: *Wir leben im Verborgenen. Erinnerungen einer Rom-Zigeunerin*, Wien 1988.

^[5] Siehe www.romane-thana.at/kapitel-20.php

^[6] <https://musicandminorities.org>

Mitbegründerin eines weiteren und versuchte, die politischen Ziele mit den Mitteln der ethnomusikologischen Forschung zu unterstützen – ein Ansatz, der heute als „applied“ oder „engaged ethnomusicology“ bekannt ist, damals im Fach jedoch noch keine eigene Bezeichnung hatte.

Zu dieser Zeit lernte ich Michael Örtl, einen Physiker aus Innsbruck, kennen. Er wollte ein „Minderheitenjahr“ in Österreich offiziell ausrufen lassen. Sein Engagement war vor allem durch Erfahrungen in Kärnten geprägt, wo er die offene Anfeindung von Kärntner SlowenInnen miterlebt hatte. Ich fand die Idee faszinierend, auf diese Weise gegen Diskriminierung zu kämpfen. Es war notwendig, breite Unterstützung zu gewinnen, nur viele gemeinsam konnten ein solches Vorhaben umsetzen, und darüber mussten auch viele miteinander sprechen, vor allem die Betroffenen. So begannen die „Bisambergseminare“.

Inklusive Minderheitendefinition als Widerstand

Der Name erklärt sich daraus, dass unsere Zusammenkünfte in einem alten Jagdschloss am Bisamberg bei Wien stattfanden. Es fanden sich viele Interessierte ein und schnell wurde klar, dass es nicht nur um Volksgruppen gehen würde.

MigrantInnen (unter ihnen auch Herman Hemetek), Roma und Romnja, VertreterInnen der HOSI sowie Menschen mit Behinderung nahmen teil und wollten ein Minderheitenjahr mittragen. Wir gründeten gemeinsam einen Verein als notwendige organisatorische Basis – mit Statuten, Vorstandsmitgliedern und einem Vereinskonto. Die Adresse war zunächst ein Postfach und das Konto war leer. Doch mit vielen innovativen Ideen, viel ehrenamtlicher Arbeit und getragen von der gemeinsamen Begeisterung für die Sache begann das Pflänzchen zu wachsen. Damals – am Bisamberg – wurde die Grundlage für eine sehr weite und inklusive Minderheitendefinition geschaffen, die als gemeinsame Basis die unterschiedlichen Formen der Diskriminierungserfahrungen versteht. Das war zu dieser Zeit sowohl in politischen als auch wissenschaftlichen Diskussionen etwas völlig Neues und stieß auch auf massiven Widerstand – nicht nur von rechts. In der österreichischen Politik wurde der Begriff „Minderheit“ mit „Volksgruppe“ gleichgesetzt. Dass nun auch andere marginalisierte Gruppen darunter subsumiert werden sollten, die möglicherweise auch noch Rechte einfordern würden, war politisch nicht erwünscht.

Dieser Minderheitenbegriff war ein Akt des Widerstands an sich. Er

hat sich weiterentwickelt, politische Handlungsfelder eröffnet und – wie Hakan Gürses es nennt – die Bildung „minoritärer Allianzen“ sowie eine „minoritäre Perspektive“ auf unsere Gesellschaft ermöglicht. Ich bin überzeugt, dass genau dieser Ansatz und die daraus entstandenen politischen Handlungsfelder die Grundlage für die Erfolgsgeschichte der **Initiative Minderheiten** bilden.

Die Tragfähigkeit minoritärer Allianzen

Für mich eröffneten sich aus den Bisamberg-Diskussionen völlig neue Perspektiven auf mein wissenschaftliches Handeln: die Sensibilisierung für unterschiedliche Mechanismen der Diskriminierung sowie die Frage, wie sich ihnen begegnen lässt – stets in enger Zusammenarbeit mit den Betroffenen. Diese Diskurse haben sich im Fach auch auf internationaler Ebene niedergeschlagen. Die Minderheitenforschung in der Ethnomusikologie ist heute weltweit verankert und das MMRC (Music and Minorities Research Center) als weltweit einziges Forschungszentrum zu Musik und Minderheiten verwendet genau diesen Ansatz.^[6]

Die politischen Rahmenbedingungen in Österreich haben sich seither wesentlich verändert und die **Initiative Minderheiten** hat es verstanden, ihre Widerstandsstrategien den jeweiligen Gegebenheiten anzupassen. Minoritäre Allianzen erweisen sich – zumindest punktuell – als tragfähig, was in Zeiten besorgniserregender politischer Entwicklungen wichtiger denn je erscheint.

Ich bin allen Beteiligten zutiefst dankbar, dass ich von ihnen lernen durfte – unter anderem, wie Widerstand gelingt und wie Allianzen aufgebaut werden können. Bleiben wir wachsam!

Ursula Hemetek, Ethnomusikologin, Gründerin und Leiterin des MMRC, ist Mitbegründerin der Initiative Minderheiten und des Romano Centro.

Ursula Hemetek und Lotte Rieder, Kranzniederlegung vor dem Parlament anlässlich des Trauermarsches gegen die Verschärfung der Asyl- und Aufenthaltsgesetze, 1994 | Foto: Mehmet Emir



Zurale khetane! Gemeinsam sind wir stark!

35 Jahre Romano Centro

Seit 35 Jahren prägt Romano Centro als einer der dynamischsten Roma-Vereine Österreichs die nationale Roma-Politik entscheidend mit. Durch die Anerkennung von Diversität als Stärke schafft der Verein ein offenes Forum, in dem Rom:nja unterschiedlicher Gruppen zusammen mit Nicht-Rom:nja gemeinsame Bedürfnisse definieren und Interessen umsetzen.



Vereinslokal Romano Centro, Urschenböckgasse 8, 1110 Wien, 1995 | Foto: Renata Erich



Gründungsfest von Romano Centro in der Rockhgasse vor dem Republikanischen Club, 1010 Wien, 1991 | Foto: Romano Centro

Die Gründung von *Romano Centro* im Jahre 1991 ist kein Zufall. Seit Anfang der 1980er Jahre kam es zu einer zunehmenden Auseinandersetzung mit dem Völkermord an Rom:nja im Nationalsozialismus, ein Verbrechen, das Österreich über Dekaden leugnete. Rom:nja in Österreich verfolgten mit großer Spannung die Entwicklungen in Deutschland und die provokanten Aktionen der deutschen Sinti-Bewegung um *Romani Rose*, die für die Anerkennung der rassistischen NS-Verfolgung demonstrierte. Die historische Erklärung des deutschen Bundeskanzlers Helmut Schmidt im Jahr 1982, dass die Verfolgung von Sinti:zze und Rom:nja aus rassistischen Gründen erfolgte und den Tatbestand des Völkermordes erfüllt, war ein erster großer Erfolg. In Österreich war die Errichtung des Mahnmals für die NS-Opfer der Rom:nja in Lackenbach, Burgenland, 1984 ein erster erinnerungspolitischer Meilenstein.

Um diese Debatten formierten sich Rom:nja und solidarische Akteur:innen, die ihre Forderungen nach Anerkennung der rassistischen Verfolgung und Wiedergutmachung mit dem Kampf gegen die andauernde Diskriminierung und Rassismus verbanden. 1988 gab die Auschwitz-Überlebende Lowarica Ceija Stojka mit ihrem Buch „Wir leben in Verborgenen“ dem Schicksal der österreichischen Rom:nja eine Stimme. 1989 wurde der erste Roma-Verein in Oberwart, im Burgenland, gegründet, zwei Jahre später folgte die Gründung des *Kulturvereins Österreichischer Roma* und des Vereins *Romano Centro* in Wien. Die Anerkennung der Rom:nja als Volksgruppe im Jahr 1993 war ein entscheidender Erfolg der Organisationen.

Internationale Vernetzung

International führte die politische und wirtschaftliche Transformation in den ehemals kommunistischen Staaten Ende der 1980er Jahre zu einer stärkeren Aufmerksamkeit für die Situation der Rom:nja. Die Veränderungen lösten große Unsicherheit und Unmut in der Bevölkerung aus, die sich in Hasskriminalität,

Pogromen und Hetze gegen Rom:nja äußerten. Auch in Westeuropa nahmen Antiziganismus und Gewalt zu, geschürt durch populistische Medienhetze. Trauriger Höhepunkt war der Brandanschlag auf Rom:nja in einem Asylheim in Rostock-Lichtenhagen im August 1992.

Als Antwort auf diese Entwicklungen beschäftigten sich internationale Organisationen und der Europarat verstärkt mit der Frage, wie die Situation der Rom:nja in Europa verbessert werden könne. *Romano Centro* bezog die europäische Entwicklung von Anfang an strategisch in seine Arbeit ein. In diesem Sinne vertrat der Verein die Interessen aller Gruppen in Österreich, etwa der Burgenland-Rom:nja, Gurbet-Rom:nja, Lowar:kinja, Kalderasha-Rom:nja, Sinti:zze und Xoraxane-Rom:nja, und zeigte sich solidarisch mit den Anliegen von Rom:nja im Ausland. Dabei standen nicht nur minderheitenrechtliche Fragen, sondern auch die Verwirklichung von Grund- und Menschenrechten im Vordergrund. Als Mitglied der Internationalen Romani Union (IRU) setzte sich der Verein gemeinsam mit anderen Vertretungsorganisationen für eine stärkere Berücksichtigung der Rechte der Romanja in internationalen Organisationen ein.

Das Ergebnis war: Die Situation der Rom:nja wurde Bestandteil der Arbeit der OSZE, insbesondere mit Blick auf die kriegserischen Konflikte im ehemaligen Jugoslawien. 2003 wurde der unter Einbindung der Zivilgesellschaft erarbeitete erste OSZE-Aktionsplan zur Verbesserung der Situation der Roma und Sinti beschlossen – ein Policy-Instrument, das einen interdisziplinären Ansatz (Bildung, Arbeit, Gesundheit, Wohnen) verfolgt, um die Lebenssituation der Rom:nja zu verbessern sowie Diskriminierung in allen Lebensbereichen zu bekämpfen.

Der OSZE-Aktionsplan wurde Vorreiter des späteren EU-Rahmens für nationale Roma-Integrationsstrategien (2011), zu dessen Umsetzung sich auch Österreich mit seiner Nationalen Strategie zur Inklusion der Roma

bis 2030 verpflichtet hat. In all diesen Entwicklungen hat sich *Romano Centro* entscheidend eingebracht.

Klein mit maximaler Wirkung

Die Stärke von *Romano Centro* resultiert aus der Anerkennung von Heterogenität und Diversität sowie aus seiner strategischen Ausrichtung, solidarisch sowohl im internationalen und europäischen als auch im nationalen und lokalen Kontext zu agieren. Auf lokaler Ebene arbeitet *Romano Centro* daran, die Kultur und Identität zu stärken, über Geschichte und Kultur der Rom:nja aufzuklären, den interkulturellen Austausch zu fördern und gegen Rassismus und Diskriminierung aufzutreten. Vor allem das niederschwellige Angebot der Rechts- und Sozialberatung und die gelebte Praxis, allen offen zu stehen, machten *Romano Centro* zu einem viel frequentierten Ort der Wiener Roma-Szene. „Klein, aber mit maximaler Wirkung“ – so könnte man die ersten 15 Jahre von *Romano Centro* beschreiben. In dieser Aufbauphase agierte der Verein in einem umgebauten Keller im 11. Wiener Gemeindebezirk mit drei Schreibtischen, einer kleinen Sitzecke und einem ausgedienten Computer mit WordPerfect 5-Programm, den sich drei Personen teilten. Von den zwei analogen Telefonen hatte eines eine Telefaxfunktion. PR-Aktionen und Aussendungen wurden in der Nacht gemacht, wenn eingehende Anrufe die Faxeussendungen nicht störten. Es war ein kreativer Ort mit Beratung, Treffen, Ausstellungen, Bibliothek, Aktivismus und Veranstaltungen.

Mit der Übersiedlung in die Hofmannsthalgasse im 3. Wiener Gemeindebezirk im Jahre 2002 setzte eine zunehmende Professionalisierung ein. Die bessere Infrastruktur ermöglichte eine Phase der Konsolidierung, die sich auch im Ausbau der Kernprojekte widerspiegelte. Diese waren Lernhilfe für Roma-Kinder und Roma-Schulmediation, die Lebens- und Sozialberatung mit gezielter Frauenberatung sowie die Sensibilisierungsarbeit

gegen Antiziganismus. Gleichzeitig wurden öffentlichkeitswirksame Kulturprojekte wie die Ausstellung *Romane Thana* im Wien-Museum (2015) realisiert. Auch die Umsetzung größerer, EU-geförderter Arbeitsmarktprojekte, die Beteiligung an europäischen Initiativen zur Evaluation nationaler Inklusionsstrategien und der Ausbau der Jugendarbeit fallen in diese Phase.

Herausforderungen

Die positiven Entwicklungen verliefen nicht immer konfliktfrei. Bis heute wird *Romano Centro* für seine offene Haltung immer wieder von unterschiedlichen Akteur:innen kritisiert. In jüngster Vergangenheit hat die FPÖ die Förderung der Zivilgesellschaft durch parlamentarische Anfragen an eine Reihe von Ministerien in Frage gestellt – darunter auch die Projektförderungen für *Romano Centro*.

Mit dem Erfolg stiegen auch die Erwartungen an den Verein, welche Initiativen mit den zur Verfügung stehenden Ressourcen vorrangig umgesetzt werden sollen. Diese Auseinandersetzung befeuert wichtige Reflexionsprozesse und Debatten innerhalb der breiteren Community. Zudem bringt Wachstum auch größere Risiken. Insbesondere die Durchführung größerer, ESF-geförderter Projekte stellte *Romano Centro* im Nachgang vor existenzgefährdende Herausforderungen, die nur durch mehrjährige Freiwilligenunterstützung, Solidarität und Umstrukturierung erfolgreich abgefangen werden konnten. Letztendlich stärkten diese schwierigen, aber wichtigen Erfahrungen die Organisation qualitativ in ihrer Expertise sowie ihrer Organisationskultur. Zu den noch nicht erreichten Zielsetzungen zählen die Institutionalisierung des Projektes Roma-Schulmediation sowie die Verwirklichung eines zentralen

Mahnmals in Wien für die Opfer des NS-Völkermordes. Die Verwirklichung gleicher Rechte und Chancen für Rom:nja und die Bekämpfung von Antiziganismus benötigen einen strukturellen Wandel und eine gesamtgesellschaftliche Veränderung. Rückblickend überstrahlen jedoch die Erfolge der vergangenen drei Jahrzehnte die Herausforderungen. Letztere bleiben dennoch wichtige Erfahrungswerte für die Zukunft.

Lebendige Bewegung

Romano Centro hat nicht nur Politik und Strukturen beeinflusst, sondern war auch für viele Rom:nja erster Anknüpfungspunkt und Experimentierfeld, um sich zu engagieren. Die kreative Dynamik brachte nachhaltige Ergebnisse auf zivilgesellschaftlicher Ebene hervor: So inspirierte *Romano Centro* viele Jugendliche, sich zu ihrer Identität zu bekennen und sich auch in ihrem weiteren beruflichen Leben oder in Initiativen – wie der jährlichen Gedenkfeier zum Europäischen Gedenktag für die Opfer des Holocausts an den Rom:nja am 2. August am Ceija-Stojka-Platz in Wien – für ihre Community einzusetzen.

Heute ist *Romano Centro* ein selbstbewusster, derzeit ausschließlich von Romnja geführter Verein, der angesichts aktueller Herausforderungen und Bedürfnisse insbesondere bildungspolitische und soziale Ziele verfolgt. Dazu zählen das Empowerment von jungen Frauen und der Roma-Jugend sowie die Qualifizierung von Rom:nja für den Arbeitsmarkt –, unter dem Motto: *Baruvas khetane* – gemeinsam wachsen.

Zurale khetane – gemeinsam sind wir stark: Dieses Jubiläum steht nicht nur für 35 Jahre unermüdliches Engagement, sondern für eine lebendige Bewegung, die Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft kraftvoll miteinander verbindet.

Mirjam Karoly, Politologin, ehemalige Mitarbeiterin sowie Vorstandsmitglied von *Romano Centro*, ist heute Ehrenmitglied des Vereins. Von 2012–2017 leitete sie die OSZE-Kontaktstelle für Roma- und Sinti-Fragen.



Romano Centro im Parlament,
Oktober 2025
Foto: Romano Centro

„Komm mit“, sagte Willi Resetarits

Die Gründung von SOS Mitmensch

Wie entsteht zivilgesellschaftlicher Widerstand? Ein persönlicher Rückblick auf Protest, Aufbruch und die Frage, wie aus wenigen engagierten Menschen Initiativen hervorgingen, die Österreich bis heute prägen.

„Komm mit, wir brauchen junge Leute“, hat Willi Resetarits zu mir gesagt. Ich war um die zwanzig, hab in der damals kleinen Wohnungsloseneinrichtung Gruft ein paar Stunden mitgearbeitet und vormittags in den Flüchtlingsunterkünften ausgeholfen. Die Rechtsberatung im WUK war da eine große Unterstützung. Dort war Willi Resetarits engagiert. „Komm mit“, hat er gesagt. Das war die Vorbereitungsgruppe zum Lichtermeer, das mit über 300.000 Teilnehmer:innen die größte Kundgebung der Zweiten Republik werden sollte.

Der eiserne Vorhang war gerade geschmolzen, das alte Europa ordnete sich neu, und mit der neu gewonnenen Freiheit kamen auch neue Arbeitskräfte aus den Staaten des ehemaligen „Ostens“ nach Österreich. Menschen aus Rumänien, Bulgarien oder Polen suchten Arbeit und bessere Lebensbedingungen. Doch kaum waren sie angekommen, begann bereits die politische und mediale Stimmungsmache

gegen „die Rumänen“. Sie wurden verantwortlich gemacht für Kriminalität, Lohndruck, Arbeitslosigkeit oder den angeblichen Verlust von Ordnung und Sicherheit. Die immer gleichen Mechanismen griffen: Einzelne Vorfälle wurden verallgemeinert, Vorurteile zu politischen Kampagnen verdichtet und eine ganze Bevölkerungsgruppe unter Generalverdacht gestellt. Einige Jahre später brach Bürgerkrieg in Jugoslawien aus, Flüchtlinge vom Balkan kamen, und mit ihnen der Schimpftratsch gegen Bosnier und „Tschuschen“. Wenig später sollte der Briefbombenterrorist, ausgestattet mit völkischen und antislawischen Bekennerbriefen, verletzen und morden. Auch Aktivist:innen von SOS Mitmensch wurden zur Zielscheibe.

Eine Bewegung formiert sich

SOS Mitmensch entstand in dieser Zeit tiefgreifender gesellschaftlicher Umbrüche. Nach 1989 rückte Österreich geografisch und politisch vom

Rand ins Zentrum Europas. Gleichzeitig verschärfte sich die öffentliche Debatte über Migration, Flucht und Zugehörigkeit. Die FPÖ unter Jörg Haider machte mit ihrem Volksbegehren „Österreich zuerst“ völkischen Nationalismus und identitären Monokulturalismus zum zentralen politischen Thema. SOS Mitmensch war im Dezember 1992 als Plattform gegründet worden. „Komm mit“, hatte Willi Resetarits gesagt.

Vorausgegangen waren Treffen, bei denen immer konkreter wurde, wie man dem zunehmenden Aufkommen von Ressentiments etwas entgegensetzen konnte. So reifte der Plan für eine Veranstaltung, die „imponierend und nachhaltig, so beeindruckend für alle ist und so grandiose Bilder schenkt, dass es vielleicht wirklich einen Einfluss auf das Denken mancher Menschen nimmt“. In den Vorbereitungstreffen wurden unterschiedliche Formen des Protests diskutiert. Eine Idee war ein großer Demonstrationzug rund um die Wiener Ringstraße – mit bunten

Wagen, Musik, Kulturinitiativen, migrantischen Vereinen und sozialen Projekten. Dieser „Karneval“ sollte Minderheiten sichtbar machen und ein positives Bild eines pluralen Österreichs vermitteln. Mir gefiel das gut. Die zweite Idee war ein „Lichtermeer“: eine stille, symbolische Versammlung mit Kerzen und Fackeln. Dieses Bild knüpfte an religiöse Prozessionen, Weihnachten und Friedensdemonstrationen an. Vor allem aber ermöglichte es jeder einzelnen Person, aktiv Teil des Protests zu werden – nicht als Zuschauer, sondern als sichtbares Licht in einer gemeinsamen Menge. Schließlich entschied man sich für das Lichtermeer.

Auch internationale Ereignisse spielten eine Rolle. Im November 1992 hatten Rechtsextreme im deutschen Mölln zwei Häuser türkischer Familien angezündet; drei Menschen starben. In Deutschland reagierten Hunderttausende mit

Lichterketten gegen Rassismus. Diese Bilder beeinflussten auch die österreichischen Aktivist:innen maßgeblich. Die Vorbereitung und Durchführung des Lichtermeers war eine große österreichweite Kampagne für die Haltung, „JedeR ist jemand“. Während das „Lichtermeer“ die bislang größte Demonstration der Zweiten Republik wurde, blieb das Volksbegehren „Österreich zuerst“ weit hinter den Erwartungen zurück.

Kraftwerk Lichtermeer

Was blieb nun zurück von den tausenden Kerzen, die für Menschlichkeit brannten? Heiße Luft? Sobald die letzte Kerze erloschen war, hatten sich die parteipolitischen Strategen und medialen Selbstdarsteller schon längst verabschiedet. Alle aber, denen reale Fortschritte bei Menschenrechten und spürbarer sozialer Ausgleich zentrale Anliegen waren, wussten, jetzt fängt es

erst an. Eine große Aufbruchsstimmung lag in der Luft. Das Lichtermeer wirkte wie ein Kraftwerk, das Energie lieferte und neue Initiativen noch länger nähren sollte. Mit dem Schwung der Hunderttausenden startete das Integrationshaus, wurde das Gesundheitszentrum für Folter- und Kriegsüberlebende „Hemayat“ gegründet und die große UN-Menschenrechtskonferenz in Wien bespielt: „Alle Menschenrechte für alle“. Federführend gestaltete SOS Mitmensch das Programm für die über tausendfünfhundert zivilgesellschaftlichen Organisationen vor Ort. Und lud zum Konzert auf die Donauinsel mit der südafrikanischen Sängerin Miriam Makeba, Kämpferin gegen das Apartheid-Regime. Das Ergebnis der Wiener Konferenz „All Human Rights for All“ wirkt noch immer nach, aktuell in der Debatte, soziale Menschenrechte in die österreichische Verfassung zu schreiben. Auch das Integrationshaus und Hemayat gibt es heute



noch –zum Wohle tausender Menschen.

Das Kraftwerk Lichtermeer lieferte noch Energie für weitere Initiativen. Zwei Jahre danach wurde die Armutskonferenz gegründet, die das bis dahin verschwiegene Thema in Österreich auf die politische Tagesordnung setzte. Mit der Armutskonferenz startete die empirische Armutsforschung hierzulande, begann die strukturierte Arbeit an Maßnahmen zur Armutsbekämpfung und begründete sich ein lebendiges Labor hilfreicher sozialer Erfindungen; wie zum Beispiel die Einführung des Kulturpasses „Hunger auf Kunst und Kultur“ für Leute mit Niedrigeinkommen.

Der Beginn von etwas Größerem

Die handelnden Personen, die all das ins Leben riefen, kannten sich vom Lichtermeer. Wir stellten eine

großformatige Fotoausstellung zum Thema „Armut in Österreich“ auf die Räder eines fahrbaren Zeltwagens, der durch Österreichs Städte tourte. Bereits im Jahr 1994 wurden da „Maßnahmen gegen Kinderarmut“ und ein „kindbezogenes Existenzminimum“ vorgeschlagen. Das wird jetzt unter dem Titel „Kindergrundsicherung“ verhandelt und hat es gerade ins Regierungsprogramm geschafft. Im selben Jahr im Dezember errichtete eine Aktionsgruppe Zelte unter dem Motto „Herbergsuche 94“ gegen den „sozialen Winter“ mitten im Regierungsviertel, es ging um leistbares Wohnen. Um das geht es heute umso mehr.

Die Kerzen des Lichtermeers waren schnell verbrannt, aber die Netze, Freundschaften und Kooperationserfahrungen leuchteten weiter. Sie bereiteten den Weg für eine Reihe wichtiger Initiativen, die heute noch lebendig sind. Sie setzten Impulse, die damals noch neu

und ungehört waren. Sie stellten Fragen, die heute aktueller sind denn je. Das Lichtermeer selbst bot eine ambivalente Erfahrung. Es inszenierte die „reinen Seelen“, bot das Schauspiel kollektiver Selbstreinigung, eine Art öffentliches Fegefeuer, das das eigene Gut-Sein brennend feierte, statt soziale Fragen zu erhellen. Das war die lähmende Seite. Andererseits aber bildete es ein Kraftwerk, das Menschen zusammenbrachte und Mut machte, Energie lieferte für neue Wege und Aufbrüche. Da lag etwas in der Luft. Wir wussten, es fängt jetzt erst an.

Martin Schenk, Sozialexperte und stv. Direktor der Diakonie Österreich, war nach dem Lichtermeer von 1993 bis 1995 Vorsitzender von SOS Mitmensch.





Es gibt keinen Fortschritt, der nicht rückgängig gemacht werden kann

Irene Brickner, Journalistin mit Schwerpunkt Menschenrechte, im **Stimme-Gespräch**

Seit Jahrzehnten prägt die mehrfach preisgekrönte Journalistin **Irene Brickner** die Berichterstattung über Menschenrechte. Anlässlich 40 Jahre Waldheim-Affäre und der in den Folgejahren gegründeten NGOs reflektiert sie mit **Gamze Ogan** und **Cornelia Kogoj** die Umbrüche jener Ära sowie Parallelen zur heutigen politischen Lage. Im Fokus stehen die Gefahr gesellschaftlicher Regression, die Rolle der Zivilgesellschaft als Anker gegen Rückschritte sowie die Unterscheidung von Fakt und Fake als Überlebensfrage für die Demokratie – ein Plädoyer für eine wachsame Gesellschaft, die ihre Errungenschaften niemals als selbstverständlich erachtet.

Sie beschäftigen sich als Journalistin hauptsächlich mit Menschenrechten, Flucht und Asyl und wurden dafür mehrfach ausgezeichnet. Welche biografischen Ereignisse und politischen Überzeugungen haben Sie zu diesem Beruf geführt?

Journalistin wollte ich schon seit meinem elften Lebensjahr werden. Schreiben war immer meine Stärke – im Gegensatz zum Rechnen, wie es damals leider vielen Mädchen vermittelt wurde. Wichtig waren damals für mich auch die Zeitschrift *Emma* und die ORF-Sendung *Prisma* von Trautl Brandstaller über Frauenrechte. Beide haben mich sehr beeindruckt, weil Journalismus damals ein reiner Männerberuf war. Unvorstellbar, wenn man bedenkt, dass Redaktionen heute oft zur Hälfte oder mehr aus Frauen bestehen. Insofern war Journalismus immer mein Wunschberuf, den ich glücklicherweise auch ausüben konnte.

Mein Engagement für Asyl- und Menschenrechtsfragen hängt mit meiner Biografie zusammen. Ich komme aus einer Familie mit einem jüdischen Vater und einer christlichen Mutter, die beide nicht religiös waren. Meine Eltern haben den Zweiten Weltkrieg erlebt. Mein Vater hat es 1939 noch geschafft, mit knapp über 20 Jahren nach England zu emigrieren. Seine gesamte Familie wurde im Holocaust ermordet. Meine Mutter war zu dieser Zeit in Österreich mit ihrem ersten Mann

verheiratet und bekam meine drei Halbbrüder. Mein Vater ist 1947 nach Österreich zurückgekehrt, weil er das Land mitaufbauen wollte – ganz ernsthaft. Kennengelernt haben sie sich im Umfeld der KPÖ.

Vor diesem Hintergrund waren für mich Fragen von Flucht und Schutz immer sehr wichtig. Mir war immer klar, dass mein Vater ohne den Schutz in England wie viele andere aus seiner Familie umgekommen wäre. Beim Einstieg in den Journalismus waren mir diese Zusammenhänge allerdings nicht bewusst. Erst durch die berufliche Praxis merkte ich, wie sehr mich diese Themen berührten. So hat sich das allmählich entwickelt.

Welche Stationen waren die wichtigsten in Ihrer beruflichen Laufbahn? Wie einfach war es in der damaligen Medienlandschaft in Österreich, diese ersten Themen unterzubringen?

Als Journalistin kann man in Österreich nicht mit einer kontinuierlichen Laufbahn rechnen. Ich begann bei der *Arbeiter-Zeitung*, kurz nachdem sie von der SPÖ verkauft worden war. Als das Blatt 1991 endgültig eingestellt wurde, waren auf einmal 150 Journalisten arbeitslos – eine für damalige Verhältnisse enorme Zahl. Aufgrund der schwierigen Marktlage ging ich nach Deutschland. Bei meiner Rückkehr war der Wiedereinstieg in die österreichische Medienwelt entsprechend schwer.

Es gelang mir schließlich, beim *Standard* Fuß zu fassen, indem ich die Niederösterreich-Berichterstattung übernahm. Dabei half mir mein persönlicher Bezug zum Bundesland sowie meine Erfahrung als freie Gerichtsreporterin für die *Niederösterreichischen Nachrichten*. Durch den Fokus auf Niederösterreich rückte auch das Flüchtlingslager Traiskirchen in mein Blickfeld.

Das war Ende der 1990er / Anfang der 2000er Jahre. Das Thema Asyl war politisch extrem aufgeladen und – bis heute – parteiisch instrumentalisiert. Dass man mir die Betreuung dieses sensiblen Bereichs weitgehend überlassen hat, wäre wohl bei kaum einer anderen Tageszeitung möglich gewesen. Die parteipolitische Unabhängigkeit des *Standard* gab mir den Freiraum, das Thema über die Jahre kontinuierlich zu entwickeln.

Wie wichtig sind für Ihren Beruf Kontakte zu zivilgesellschaftlichen Organisationen wie asylkoordination österreich, SOS Mitmensch oder andere?

Für den Journalismus, wie ich ihn verstehe – und wie ihn auch *Der Standard* oder andere Qualitätsmedien praktizieren –, ist politischer Aktionismus ein absolutes No-Go. Wir sind keine Aktivisten. Aber ich sehe es so: Die zivilgesellschaftlichen Organisationen haben überhaupt erst die Grundlage dafür geschaffen, dass über bestimmte Themen fundiert

berichtet werden kann. Woher wüsste man sonst im Detail, was asylopolitisch wirklich vor sich geht? Vieles von diesem Wissen stammt von jenen Expertinnen und Experten in den NGOs, die in der Rechtsberatung direkt mit den Betroffenen arbeiten. In diesem Sinne sind NGOs für uns keine „Partner“, aber sie sind aufgrund ihrer Basisarbeit als Informationsquellen unverzichtbar.

Auch wenn dies teilweise die nächste Frage beantwortet: Wie geht journalistische Distanz mit einer kritischen Haltung, einer gesellschaftlichen Verantwortung einher?

Natürlich versuchen alle Seiten oft jene Aspekte unter den Teppich zu kehren, die ihnen politisch unangenehm sind. Das lässt sich gut an einem konkreten Beispiel verdeutlichen: Nehmen wir die aktuellen Daten der Statistik Austria zu den Haushaltseinkommen 2025. Diese zeigen zwei Entwicklungen: Einerseits hat die absolute Armut abgenommen, andererseits ist die Zahl derer, die unter die Armutsgefährdungsschwelle fallen, gestiegen. Viele NGOs stellen nun naturgemäß Letzteres in den Mittelpunkt und klammern den Rückgang der absoluten Armut eher aus. Qualitätsjournalismus – wie wir ihn beim *Standard* praktizieren – funktioniert hingegen so, dass man sich von diesen Interessenslagen unabhängig macht. Man muss beide Fakten wahrnehmen und sie wertfrei nebeneinanderstellen, ohne eine Seite zu unterschlagen.

Das ist auch deshalb so wichtig, weil die Regierung ihrerseits ebenfalls dazu neigt, unvorteilhafte Daten zu verschweigen. Eine faktenzentrierte Sichtweise ist daher absolut notwendig. Dass diese die NGOs manchmal ärgern kann, liegt in der Natur der Sache – aber idealerweise ärgert sie die Gegenseite, also die Regierung, gleichermaßen.

Die späten 1980er, frühen 1990er Jahre stehen für politische Härte, aber auch zivilgesellschaftlichen Aufbruch in Österreich: die Wald-

heim-Affäre, Übernahme der Führung der FPÖ durch Jörg Haider, Rechtsruck, steigender Antisemitismus und Rassismus gegen Migrant:innen – was verbindet Sie mit dieser Zeit? Wie würden Sie diese Jahre politisch einordnen?

Ich war damals als freie Journalistin für unterschiedlichste Projekte tätig, unter anderem habe ich die Kundenzeitschrift für die ehemalige ORF-Sendung *Willkommen Österreich* gemacht. Aber als politisch interessierte Person habe ich das Zeitgeschehen natürlich auch sehr bewusst miterlebt.

Ich kann mich noch gut erinnern, wie ich während der Waldheim-Affäre einmal das Haus verließ und in der Nußdorfer Straße vor einem dieser gelben Plakate stand: „Jetzt erst recht“. Das hat mich tief getroffen. Es ging um meine persönliche Geschichte, die Geschichte meines Vaters, der mir früh klar gemacht hat, dass der Antisemitismus immer im Untergrund lauert, nie weg und jederzeit mobilisierbar ist – das macht übrigens auch die jetzige Situation so schwierig. Trotzdem empfand ich es damals als einen Schock. Ich habe mich gefragt: Funktioniert Österreich wirklich so? Ist es nicht geradezu eine Schande, dass man ausgerechnet die Farbe Gelb wählt, die ja assoziativ auf den Judenstern zurückgeht, um damit Politik zu machen? Damals wurde mir auch als politische Konsumentin klar, wie tiefgreifend das Problem in Österreich tatsächlich war.

Was Jörg Haider betrifft – als er sich 1986 an die Spitze der FPÖ setzte, war mir bewusst, dass dies eine Entwicklung ist, die eine enorme Breitenwirkung entfalten würde. Im Unterschied zu vielen heutigen Rechtspopulisten war Haider nämlich politisch begabt und auf seine Art innovativ. Er verstand es, Dinge auf eine Weise zu mobilisieren, die das Land grundlegend verändern sollte. Mir wurde damals klar, dass uns diese Entwicklung von nun an begleiten würde – und genau das ist auch geschehen: Die rechte Po-

litik hat sich bis heute fortlaufend verschärft, teilweise mit deutlich faschistoiden Zügen.

Gleichzeitig habe ich damals wahrgenommen, dass es in Österreich eine sehr wachsame Zivilgesellschaft gibt. Es fand eine beachtliche Gegenwehr statt, die mich letztlich überzeugte: Es wird weitergehen; es gibt eine Kraft, die dagegenhält. Dass die Hoffnung nicht verloren war, zeigte sich eindrucksvoll am Beispiel des riesigen Lichtermeers als Antwort auf das „Ausländervolksbegehren“ im Jahr 1993.

Wenn ich mir nun aber vergegenwärtige, was in der Zwischenzeit alles passiert ist, muss ich sagen: Obwohl ich grundsätzlich keine Pessimistin bin, habe ich derzeit den Eindruck, dass die Lage kippen und es sehr rasch auch in Österreich sehr unangenehm werden könnte. Nehmen wir das Beispiel Ungarn: Seitdem Viktor Orbán abgewählt wurde, gibt es auf der EU-Ebene keine Blockade der Ukraine-Hilfen mehr, was enorm wichtig ist. Aber natürlich wird jetzt versucht werden, ein „Ersatzland“ für diese Blockadepolitik zu finden. Österreich wäre – sollte sich die FPÖ durchsetzen und Herbert Kickl „Volkskanzler“ werden – geradezu ideal für diese Rolle.

Vor dem Hintergrund der Waldheim-Ära merke ich: Dieses Grundgefühl von damals ist immer noch da. Es wird heute zusätzlich durch eine totale Unzufriedenheit im Land unterfüttert, die ich in gewisser Weise sogar nachvollziehen kann. Es bräuchte wohl eine andere, eine zusätzliche Partei, die diese Menschen anspricht – aber eine, die bitte schön nicht so schrecklich flüchtlings- und ausländerfeindlich ist. Denn diese ablehnende Grundhaltung ist in der Gesellschaft leider immer noch sehr stark ausgeprägt.

Sie meinen, Österreich könnte das neue Ungarn in der EU werden ...

Ja. Und das sollte man – gerade im Hinblick auf die kommenden Wahlen – unbedingt mitbedenken. Leider ist vielen Menschen die Tragweite dieser

Gefahr nicht bewusst oder sie sehen in der Nähe zu Russland kein Problem. Ich sage nicht, dass es so kommen muss, aber es ist eine ernsthafte Überlegung.

Ist die österreichische Demokratie nicht gefestigt genug, um autoritären Entwicklungen standzuhalten? Schließlich hat die Zivilgesellschaft – man denke an das Lichtermeer 1993 – enorme Mobilisierungskraft erwiesen. Ist sie heute weniger engagiert oder gar müde?

Österreich steht heute gewiss besser da als Länder wie Ungarn oder Rumänien, weil wir das Privileg einer langen „Verwestlichung“ genießen durften. Wir haben Jahrzehnte erlebt, in denen der Wohlstand zunahm, eine kulturelle Öffnung stattfand und die Zivilgesellschaft sich institutionalisieren konnte. Den osteuropäischen Ländern, die unter Diktaturen oder Halbdiktaturen standen, fehlte diese Erfahrung. In Österreich arbeiten viele NGOs heute weitaus professioneller als in den 1990ern. Doch genau dieser Anker soll nun gelockert werden.

Ein Österreich unter einer FPÖ-Dominanz bedeutet eine Regression, wie wir sie derzeit in den USA erleben: ein Zurückdrehen der Zeit in die 1960er-Jahre. Diese Rechten agieren aus einer tiefen Wut heraus und wollen an jenen, die die Gesellschaft liberalisiert haben – ob bei Frauen-, Minderheiten- oder LGBTIQ-Rechten –, Revanche nehmen. Dass die Zivilgesellschaft heute so massiv unter Beschuss steht, ist daher kein Zufall. Die Angriffe erfolgen mit enormer Entschlossenheit und richten sich nicht nur gegen sogenannte linke NGOs, sondern im Grunde auch gegen Institutionen wie das Rote Kreuz oder die Caritas.

Das Problem liegt auch in der Kehrseite der Professionalisierung der NGOs. Viele sind von staatlichen Förderungen abhängig. In einem Land wie Österreich ist es zwar legitim, dass staatliche Aufgaben an die Zivilgesellschaft delegiert werden, aber diese finanzielle Abhängigkeit führt zu einer gewissen Vorsicht – man will es sich nicht verschmerzen.

Andererseits wird gerade in der Asylpolitik, einem meiner Schwerpunkte, durchaus Klartext geredet. Die NGOs sind laut genug, aber die Atmosphäre im Land hat sich verändert. Die Mehrheit scheint so abgestumpft, dass massive Verschärfungen kaum noch auf breiten Widerstand stoßen. Die Gefahr ist also nicht nur die Aggression von rechts, sondern auch das Desinteresse der Mitte.

Sie haben vor genau dreißig Jahren, 1996, für den Stimme-Schwerpunkt „Ungleichheit – Ansätze für eine Antidiskriminierungspolitik“ einen Text zur Diskriminierung von Lesben und Schwulen geschrieben. Was hat die LGBTIQ-Bewegung seither alles erreicht?

1996 war eine Zeit, in der die LGBTIQ-Bewegung – damals hieß sie noch Lesben- und Schwulenbewegung – sehr aktiv wurde. In Österreich hielt sich aufgrund der Dominanz des Katholizismus und der ÖVP sehr lange das ungerechte Schutzalter (Anm. d. Red.: § 209 StGB wurde erst 2002 abgeschafft), gegen das massiv mobilisiert wurde. Eine zentrale Rolle spielte dabei das „Österreichische Lesben- und Schwulenforum“ (ÖLSF), das wichtige Lobbyarbeit im Nationalrat für die Abschaffung dieser Bestimmungen leistete. Ich nehme an, dass mein damaliger Text so zustande kam – die Bewegung suchte Leute, die darüber schreiben konnten.

Rückblickend hat sich in diesem Bereich in Österreich am allermeisten verändert. Früher sprach man von „sexuellen Minderheiten“; heute ist die Akzeptanz in der Mitte der Gesellschaft angekommen. Während es bei Themen wie der Flüchtlingspolitik oft eine Mehrheit für restriktive Maßnahmen gibt, belegen Umfragen derzeit eine klare Mehrheit für die Ehe für alle. Das ist eine enorme Errungenschaft.

Wir haben das Gefühl, dass es derzeit wieder einen Backlash gibt. Sogar die Bundesregierung stuft im Zusammenhang mit dem „Nationalen Aktionsplan gegen

Rechtsextremismus“ Homophobie explizit als ernstzunehmende Gefahr ein.

Es gibt keinen Fortschritt, der nicht auch wieder rückgängig gemacht werden kann. Diese Gefahr ist absolut real. Ich verfolge die Entwicklungen in den USA, wo nach dem Kippen des Stimmrechtsschutzes für schwarze Wähler durch den Supreme Court bereits die nächsten Angriffe drohen. Es steht zu befürchten, dass als Nächstes die gleichgeschlechtliche Ehe und schlussendlich sogar das Wahlrecht für Frauen ins Visier geraten könnten.

Wenn wir nicht aufpassen, kann diese Dynamik auch uns erreichen. Zum Glück bildet die Europäische Union hier noch eine gewisse stabilisierende Klammer, die es in dieser Form in den USA nicht gibt. Dennoch ist mir in den letzten Jahren schmerzlich bewusst geworden, dass nichts in Stein gemeißelt ist. In diesem Klima nimmt nicht nur die Homophobie zu; besonders ausgeprägt ist derzeit der Hass auf Transgender-Personen, was bereits zu einer erschreckenden Zunahme von Übergriffen geführt hat.

Das Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstands stellt fest, dass es in der Neonaziszene nie mehr Waffen gab als heute und dass die rechtsextreme Gefahr in Österreich größer ist denn je. Was machen wir damit?

In der Vorbereitung auf unser Gespräch ist mir bewusst geworden, wie sehr sich die Ebenen in den letzten Jahren verschoben haben. Erinnern wir uns etwa an die Angriffe Jörg Haiders auf Ariel Muzicant – das war offener Antisemitismus. Heute findet das oft subtiler statt. Sigmund Freud verglich die Zivilisation mit einer Zwiebel: Sie besteht aus Schichten, die übereinander gewachsen sind – doch leider lassen sie sich auch wieder abtragen.

Wir erleben heute einen massiven Backlash und eine professionelle Finanzierung rechtsextremer Gruppen. Es ist kein Zufall und extrem gefährlich, dass Kräfte aus dem

Trump-Umfeld in den USA und auch aus Russland gezielt Rechte in Europa unterstützen. Die Bewaffnung der Szene ist nicht mein primäres Arbeitsfeld, aber mehrere Kolleg:innen recherchieren viel dazu. Und die Ergebnisse sind bedrohlich. Hier bleibt nur die Hoffnung, dass Polizei und Ermittlungsbehörden wachsam sind und die Täter ausforschen.

Vielleicht befinden wir uns aber auch in einer Phase politischer Umbrüche: Die Abwahl Orbáns in Ungarn und die Tatsache, dass Russland in der Ukraine derzeit nicht als strahlender Sieger dasteht, könnten Signale für eine Trendumkehr sein.

Ganz entscheidend für Österreich wird eine Erkenntnis sein: Es ist absolut nicht egal, wer in der Regierung sitzt. Es herrschte lange eine Stimmung nach dem Motto: „Die machen eh alle das Gleiche.“ Das ist ein fataler Irrtum. Das ist auch die Lehre, die derzeit viele Menschen in den USA ziehen müssen, die Trump gewählt und die Konsequenzen unterschätzt haben. Es macht einen fundamentalen Unterschied, wer die Macht im Staat ausübt.

Welche Rolle spielen Medien dabei – auch im Unterschied zur Zeit vor Social Media?

Der Journalismus hat durch das Aufkommen der sozialen Medien einen massiven Entwertungsprozess erfahren. Lange Zeit herrschte die extrem idealistische – und aus heutiger Sicht völlig verkehrte – Vorstellung, wir bräuchten keine klassischen Medien mehr. Man glaubte an das „Globale Dorf“, in dem jeder alles jederzeit verkünden kann. Doch leider ist das Gegenteil eingetreten: Eine Mischung aus der Profitgier der großen Tech-Giganten und dem tief sitzenden Hass und Zorn in Teilen der Bevölkerung hat die sozialen Medien ins Gegenteil, in ein Instrument der Spaltung verwandelt.

In der jetzigen Situation beginnt jedoch ein Umdenken. Man erkennt wieder den Wert journalistischer Medien. Denn seriöser Journalismus ist verpflichtet zu Check und Gegencheck, um eine faktenzentrierte Be-

richterstattung zu garantieren – im Gegensatz zu Inhalten, die ungeprüft online gestellt werden. Angesichts von Bots und KI, die bereits beträchtliche Teile der Inhalte auf Plattformen wie TikTok generieren, stellt sich die Frage, ob wir Original und Fälschung künftig noch unterscheiden können. Wobei die jüngere Generation das oft viel besser erkennt. Es gibt da offenbar eine wachsende Sensibilität.

Parallel dazu erleben wir eine finanzielle Krise: Ein unabhängiges Medium funktioniert am besten ohne staatliche Finanzierung. Doch der Werbemarkt ist eingebrochen, weil die sozialen Medien die Inse-
rate förmlich absaugen. Die finanzielle Lage vieler Redaktionen ist daher prekär. Vizekanzler Andreas Babler wird als Medienminister nun versuchen, die Presseförderung zu reformieren. Die große Herausforderung dabei ist, eine Finanzierung zu finden, die keine inhaltliche Abhängigkeit vom Staat schafft. Sonst drohen in Europa – und auch in Österreich – wichtige Medienhäuser wegzubrechen. Übrigbleiben würden jene Plattformen, die nichts für die Allgemeinheit tun, sondern lediglich Hass schüren. Zudem ist der Beruf des Journalisten in vielen Ländern lebensgefährlich geworden. Auch diese Bedrohung der Pressefreiheit dürfen wir nicht vergessen.

Zusammenfassend: Wenn Sie die heutige Lage mit den 1990er Jahren vergleichen – was ist für Sie unterm Strich die größte Sorge und wo sehen Sie dennoch Lichtblicke?

Meine größte Sorge ist, dass sich der aktuelle Rechtsruck dauerhaft verfestigt. Ein Beispiel für diese Situation ist Großbritannien: Dort erleben wir gerade, wie das traditionelle Zwei-Parteien-System aus Labour und Tories bei den Lokalwahlen zusammengebrochen ist. Während Rechtsaußen-Kräfte um Nigel Farage massiv zulegen, gibt es gleichzeitig Gewinne bei Grünen und Linken. Die spannende Frage für die nahe Zukunft ist, ob ein Land mit einer so tief verwurzelten demokratischen Tradition es schafft, neue politische

Mehrheiten jenseits des Rechtspopulismus zu bilden. Wenn das gelingt, gibt mir das Hoffnung, dass dieser Rechtsruck eben doch nicht so unaufhaltsam ist, wie wir vor einigen Monaten noch befürchtet haben.

Was mir jedoch die allergrößte Sorge bereitet, ist die Verweigerungshaltung beim Klimaschutz. Eine aktuelle Studie der IOM (Internationale Organisation für Migration) zeigt, dass die Zahl der Klima-Vertriebenen extrem gestiegen ist – sie lag schon immer über der Zahl der Kriegsflüchtlinge, ist aber im letzten Jahr noch einmal um ein Drittel gewachsen.

Trotz dieser Fakten einfach von oben herab anzuordnen, es gäbe keinen Klimawandel – wie es in den USA geschieht –, oder notwendige Investitionen und Subventionen zu streichen, ist eine unglaubliche Realitätsverweigerung. Mein Optimismus speist sich aus der Geschichte: Ich hoffe, dass diese Leugnung der Klimakrise bald genauso als sinnlos und abstrus entlarvt wird wie die jahrhundertelange Behauptung, die Erde sei eine Scheibe, obwohl die Gegenbeweise längst erbracht waren.

Die Journalistin und Autorin Irene Brickner studierte Politikwissenschaft an der Universität Wien. Nach beruflichen Stationen bei der Tageszeitung *Neue AZ*, den *NÖN* und dem *ORF* sowie freier Mitarbeit für *Profil* und den *Falter* wechselte sie zur Tageszeitung *Der Standard*. Dort ist sie seit dem Jahr 2000 als Redakteurin und Kommentatorin im Chronik- und Innenpolitikressort tätig. In ihrer journalistischen Arbeit widmet sie sich schwerpunktmäßig Menschenrechtsthemen, insbesondere dem Asyl- und Fremdenrecht, der Gleichstellungspolitik sowie Umweltfragen. Für ihre journalistische Arbeit erhielt sie zahlreiche Auszeichnungen, darunter den Concordia-Preis in der Kategorie Menschenrechte, den Prälat-Leopold-Ungar-Journalist:innenpreis, den Dr.-Karl-Renner-Publizistikpreis, den Ari-Rath-Preis sowie den Humanitätspreis der Heinrich-Treichl-Stiftung.

Angst um Geflüchtete, nicht vor ihnen

asylkoordination österreich – 35 Jahre Widerstand gegen die Politik der Angst

Die historische Zäsur des Jahres 1989 bewirkte auch, dass innerhalb weniger Monate der Begriff „Grenze“ in Europa gänzlich neu konstruiert wurde. Statt der Systemgrenze, der „Zonengrenze“, tauchte die „Außengrenze“ auf, sie trennte nicht mehr innerhalb des Kontinents, sondern definierte diesen neu als Einheit nach außen gegenüber „Drittstaaten“. Auch wenn es noch einige Jahre und einen blutigen Krieg dauern sollte, bis aus der theoretischen Konstruktion eine EUropäische Praxis wurde, war vieles in diesen Monaten schon angedacht und angelegt.

Zu Beginn der 1990er Jahre wurde der Begriff „Flüchtling“ von Grund auf neu verhandelt. Aus Systemflüchtlingen vor dem Kommunismus wurden „Wirtschaftsflüchtlinge“; erreichten Geflüchtete von außerhalb Europas Österreich, wurden sie zu „Illegalen“, die man in Schubhaft nehmen konnte.

Auch ein anderer Begriff tauchte damals auf, jener der „Zivilgesellschaft“. Dissidenten wie Václav Havel hatten ihn benutzt, um ein Gegenmodell zu totalitären Regimen zu benennen. Noch bezeichneten sich die verschiedenen Initiativen und Vereine, die sich dem Schutz von geflüchteten Menschen verschrieben hatten, nicht so, aber es war der

gleiche Geist der Kritik, des Widerstandes, der Menschen unterschiedlicher weltanschaulicher Richtungen zusammenbrachte.

Vernetztes Auftreten gegen die Abschottungspolitik

Nach einer 1989 gemeinsam organisierten Journalist:innen-Rundreise zu den Hotspots des österreichischen Asylwesens hatte man Geschmack an Zusammenarbeit und Vernetzung gefunden. Treffen wurden regelmäßig von wechselnden Gastgeber:innen organisiert, bis die Idee entstand, mit einer Stimme zu sprechen, gemeinsam für die Rechte von Flüchtlingen zu streiten.

An Bord waren kirchliche Organisationen wie *Caritas* und *Diakonie*, kleinere und größere ehrenamtliche Gruppen und Initiativen wie *ZEBRA* oder das *Unterstützungskomitee für politisch verfolgte Ausländer*, alternative Gewerkschafter:innen und internationale Menschenrechtsorganisationen. Ziel der Vernetzung waren ein stärkeres öffentliches Auftreten gegen die österreichische Abschottungspolitik und mehr Sichtbarkeit für flüchtlingsfreundliche Positionen. Um dieses Ziel zu erreichen, wurde im September 1991 die *asylkoordination österreich* gegründet, damals noch offiziell als *Verein von AusländerInnen und Flüchtlingshilfsorganisationen und -be-*

treuerInnen. Wir wollten den Blick auf jene Bereiche lenken, in denen weitgehend unbeachtet grobe Missstände herrschten: „Gatechecks“ am Flughafen, fehlende Versorgung von „illegal eingereisten“ Asylsuchenden und ein Asylverfahren, das keine rechtsstaatlichen Standards erfüllte.

Der öffentliche Diskurs war bestimmt durch das Erstarken der Rechten und eine Politik der Angst, mit der neue, restriktive Gesetze gegen Flüchtlinge und Migrant:innen vorbereitet wurden.

Dauerkrise als Normalzustand

Seither ist das Thema Migration nicht mehr von der politischen Agenda verschwunden. Rassismus, die Infragestellung von Menschenrechten und die Diffamierung von Flüchtlingen und deren Verbündeten gehören zu den zentralen Instrumenten, mit denen rechte Politik ihr Erstarken vorantreibt.

Gegen diese Angstmake prägen wir einen der ersten Slogans: „Ich habe keine Angst vor Flüchtlingen, ich habe Angst um sie.“ Ein wichtiges Thema, das auch aktuell mit der Umsetzung des gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS) wieder auftaucht, ist die Inhaftnahme von Menschen, um sie außer Landes zu schaffen – die Schubhaft. Nicht nur die Tatsache, dass Menschen eingesperrt wurden, sondern auch die menschenrechtswidrigen Haftbedingungen brachten uns 1992 auf die Straße. „Licht ins Dunkel der Schubhaft“ hieß die Kampagne.

Überlange Asylverfahren mit unsicherem Ausgang und ohne unabhängige Berufungsinstanz waren ein anderes Thema, das uns jahrelang begleitete. Daraus entstehende Probleme wurden durch die Zusammenarbeit mit UNHCR im Rahmen des Projekts „Gemeinsame Flüchtlingskommission (GFK)“ sowie durch die Kampagne für die Regularisierung von „Langzeitasylwerber:innen“

angegangen. Erfolge erzielten wir immer wieder durch zähe Verhandlungen mit dem zuständigen BMI.

Auf die Thematisierung fehlender menschenrechtlicher Standards und verbreiteten Rassismus als Problem reagierten schließlich auch staatliche Organe u. a. mit der Gründung des Menschenrechtsbeirats samt regionalen -kommissionen.

Schon im Vorfeld des Beitritts Österreichs zur EU 1995 und später, im Zuge der Entwicklung eines gemeinsamen europäischen Asylsystems nach 1999, geriet die österreichische Regierung unter Druck, im Flüchtlingswesen von der EU geforderte Standards zu erreichen. Insbesondere die menschenwürdige Versorgung, Unterbringung und Betreuung wurden letztendlich – nach viel Druck der *asylkoordination* und anderer NGOs – erst durch die EU-Aufnahmerichtlinie durchgesetzt.

Auch der Weg zur Rechtsstaatlichkeit im Asylverfahren war lang und es bedurfte immer wieder der Judikatur der Höchstgerichte, um gewollten oder ungewollten rechtlichen Pfuscher zu korrigieren.

Die *asylkoordination* begleitete diese Entwicklungen durch intensive Informationsarbeit und die Organisation kontinuierlicher Zusammenarbeit aller relevanten zivilgesellschaftlichen Kräfte.

Zunehmend wichtiger wurde auch die Vernetzung auf EU-Ebene, sei es im Dachverband *ECRE*, den antirassistischen Netzwerken *UNITED* und *ENARA* oder im Bereich minderjährige Flüchtlinge mit *Separated Children in Europe*. Dazu kamen transnationale Projekte mit wechselnden Partnerorganisationen aus nahezu allen EU-Mitglieds- und Kandidatenländern.

Während in den 1990er Jahren die Betreuung von Flüchtlingen noch weitgehend ehrenamtlich als Nothilfe stattfand und kaum

staatlich gefördert wurde, ermöglichten die Mittel der EU-Kommission im Bereich Integration, Asyl – später auch Migration – eine Professionalisierung der kooperierenden Organisationen. Vor allem durch die Einführung der Grundversorgung 2004 wuchs die Zahl der in unserem Feld Beschäftigten um ein Vielfaches. Von der *asylkoordination* organisierte Austauschforen und Arbeitskreise – vor allem das jährliche Asylforum – gewannen dadurch erheblich an Bedeutung.

Mit Ausdauer und Wachsamkeit

Die ursprünglich verfolgte Idee eines Dachverbandes trat mit den Jahren in den Hintergrund. An ihre Stelle trat eine Netzwerkstruktur, die den Wissensaustausch und die Zusammenarbeit in spezifischen Fachbereichen ermöglichte. Die wichtigsten Schwerpunkte sind bis heute Rechtsberatung, Psychotherapie für extremtraumatisierte Geflüchtete, Betreuung unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge (UMF) und die Grundversorgung. Darüber hinaus brachte sich die *asylkoordination* immer wieder in politische Bündnisse mit anderen NGOs ein – vor allem, wenn es darum ging, Widerstand gegen rechte Regierungskoalitionen zu leisten. Wichtig war und ist uns dabei die Zusammenarbeit mit Community-Organisationen von Geflüchteten.

Auch wenn sich im Rückblick – vor allem im Zuge des EU-Beitritts – erstaunlich viele positive Entwicklungen erkennen lassen: Es gab und gibt schmerzhaft Rückschläge und eine beunruhigende politische Tendenz in ganz Europa. Die Flüchtlingspolitik ist vor allem auf einer diskursiven Ebene fest in den Händen von politischen Angst- und Scharfmacher:innen. Einen entscheidenden Wendepunkt markierten hierbei die Anschläge vom 11. September 2001. Seither steht im Mittelpunkt der Asyl- und Migrationspolitik im globalen Norden nicht mehr der Gedanke von



Käfigaktion im Rahmen der Aktion „Licht ins Dunkel der Schubhaft“ am Wiener Graben, 1993, © asylkoordination österreich



„Aktion Grenzenlos“ gegen Bundesheer an der Ostgrenze: „Mauerbau“ beim Grenzübergang Nickelsdorf, 1990, © asylkoordination österreich



Pressekonferenz anlässlich von Protesten gegen Obdachlosigkeit von AsylwerberInnen am Wiener Stephansplatz, 1990, © asylkoordination österreich



Proteste somalischer Flüchtlinge „Subsidiärer Schutz reicht nicht aus“, 2012, © asylkoordination österreich

Schutz und gleichberechtigter Integration. Migration wurde zu einer Sicherheitsfrage, Errungenschaften wurden zurückgedrängt. Die Idee einer Festung zur Verteidigung von Wohlstand und Sicherheit, in die nur die „Braven“ und „Nützlichen“ eingelassen werden, hat die Oberhand gewonnen. Menschenrechte und internationale Verpflichtungen werden zunehmend in Frage gestellt, Empathie und Solidarität pathologisiert.

Manche Themen tauchen immer wieder auf. Auch heute muss wieder gegen Schubhaft vorgegangen werden; die Externalisierung der EU-Asylpolitik hat schon Manfred Matzka (Sektionschef im BMI von 1993 bis 1999) in seinem Drei-Kreise-Modell angedacht. Immer wieder wurde die Notwendigkeit des Flüchtlingsschutzes angezweifelt oder Zugewanderten „Integrationsverweigerung“ vorgeworfen.

Die *asylkoordination* und ihre Kooperationspartner:innen wirken solchen Entwicklungen ebenso ausdauernd entgegen: durch juristische Mittel (Strategic Litigation), Advocacy (Kommunikation und Dialog mit Behörden und Politik) sowie durch Recherchen, Dokumentation und die faktenbasierte Information einer breiten Öffentlichkeit. Aber nichts ist garantiert; es bedarf weiterhin der Wachsamkeit, Ausdauer und eines solidarischen Zusammenwirkens in breiten zivilgesellschaftlichen Bündnissen.

Anny Knapp, Mitbegründerin und Obfrau der *asylkoordination österreich*, gestaltete die Arbeit des Netzwerks von Beginn an maßgeblich mit. Als Expertin für Asylrecht koordinierte sie zahlreiche Forschungs- und Bildungsprojekte und vertrat die Organisation im europäischen Flüchtlingsrat ECRE.

Herbert Langthaler, Mitbegründer der *asylkoordination österreich*, begleitete das Netzwerk drei Jahrzehnte als Vorstandsmitglied, betreute die antirassistische Bildungstätigkeit des Vereins und ist Chefredakteur der Zeitschrift *asyl aktuell*.

Ein Buch, das geschrieben werden musste



Eine provokante, schmerzhaft und absolut notwendige Analyse des linken Israelhasses nach dem 7. Oktober.

Richard Schubert – Autor, Dichter und Gesellschaftskritiker – hat mit seinem Essayband *Vom Antisemitismus, der keiner sein will* eine teils provokante, teils überspitzte Analyse des Antisemitismus der postkolonial und identitätspolitisch geprägten (neuen, neuesten) Linken und „Woken“ vorgelegt. Anlass für diesen Band ist der 7. Oktober 2023, der schwerste Anschlag auf jüdisches Leben seit der Shoah.

Schuberts Erkenntnisinteresse gilt der fast durchgehenden Weigerung, die Mörder als das zu benennen, was sie waren. Stattdessen erfolgten eine sogenannte Kontextualisierung, eine Verharmlosung und das Schweigen zu den sexualisierten Misshandlungen israelischer Frauen. Der Antisemitismus habe seine Gestalt gewechselt, schreibt der Autor, er sei „von den Rechten zu den Gerechten übergelaufen“ und zeige sich nun in antikolonialer Solidarität, (queer-)feministischer Theorie und postkolonialem Dekolonisierungsdenken. Dabei möchte Schubert nicht

primär durch rationale Argumente überzeugen, sondern eher mit zugespitzten, ironischen Sprachformulierungen aufrütteln und zum Nachdenken anregen. Der westliche Selbsthass fungiere hierbei als Projektionsmechanismus, durch den unverarbeitete Konflikte auf Israel übertragen würden. Dabei greift der Autor immer wieder auf psychopathologische Begrifflichkeiten zurück.

Ein zentrales Thema des Buches ist die sogenannte Israelkritik und das, was sich hinter diesem Etikett verbirgt. Schubert zeigt an konkreten Beispielen, wie sich in Teilen der linken und akademischen Öffentlichkeit eine Rhetorik eingeschlichen hat, die Israel nicht einfach kritisiert, sondern es zur Projektionsfläche für alles Übel der Weltpolitik macht – sei es in den (sozialen) Medien, in der Wissenschaft oder in der Politik: „Journalisten werden zu berufserfahrenen Nahostexperten geadelt, die bei gegenteiliger Meinung bloß Demagogen oder Laien wären.“ Was den Autor dabei

besonders beschäftigt, sind die Doppelstandards: Dinge, die man bei anderen Staaten differenziert betrachtet oder gar nicht erst thematisiert, gelten im Fall Israels sofort als Beweis für einen grundsätzlichen moralischen Makel.

Die in diesem Band formulierte Kritik an der Linken greift tief und es bleibt zu hoffen, dass die Lektüre für manchen Linken ein (schmerzhaftes) Erwachen bedeuten wird. Trotz der Schärfe bleibt eine positive Alternative offen.

Vom Antisemitismus, der keiner sein will, so wurde mir zugetragen, sei ein Buch, das keiner schreiben wollte, das aber geschrieben werden musste. Wer anfangen will, zu verstehen, warum sich so viele der sich selbst als kritisch, aufgeklärt, links und feministisch bezeichnenden Menschen nach dem 7. Oktober auf die Seite der Täter geschlagen haben, dem sei dieses Buch wärmstens empfohlen.

Vlatka Frketic

Vom Antisemitismus, der keiner sein will.
Von: Richard Schubert.
Edition TIAMAT 2026
312 Seiten; EUR 26.-
ISBN 978-3-89320-339-0



Grenzen und Möglichkeiten antisemitismuskritischer Bildungsarbeit

In ihrem vor Kurzem erschienenen Buch „Antisemitismus und Aufarbeitung“ analysiert Elke Rajal spezifische Erscheinungsformen und gegenwärtige Narrative des Antisemitismus vor dem Hintergrund einer gescheiterten Aufarbeitung der NS-Vergangenheit – und verbindet damit die Möglichkeiten und Grenzen einer Bildung gegen Antisemitismus.

In Österreich und Deutschland ist laut aktuellen Studien der sogenannte Schuldabwehr-antisemitismus neben dem israelbezogenen die am häufigsten vertretene Form des Antisemitismus. Das Buch verortet diese Schuldabwehr im Zusammenhang mit einem „anhaltenden Scheitern“ der Aufarbeitung der nationalsozialistischen Vergangenheit. Dieses Scheitern bezieht Elke Rajal auf das Fortbestehen jener Bedingungen, die den Nationalsozialismus ermöglichten – und auch nach 1945 in der Demokratie fortleben. Nach Adorno sind damit insbesondere die ökonomischen Bedingungen im Kapitalismus (wie Konkurrenz und Leistungsdruck, Zwang zur Anpassung, Autoritarismus, usw.) gemeint.

Während die gesellschaftliche und politische Bereitschaft zur Auseinandersetzung mit der Vergangenheit heute weit aus höher ist als in der Nachkriegszeit und entsprechende (Bildungs-)Formate qualitativ und quantitativ ausgebaut wurden, bleibt die Forderung nach einem „Schlussstrich unter die Vergangenheit“ bis heute weit verbreitet. Antisemitismus beschreibt Rajal in diesem Zusammenhang als Mittel dieser Schuld- und Erinnerungsabwehr, der sich nicht nur, aber gerade in den postnazistischen Staaten auf spezifische und oftmals codierte Weise zeigt. Zwei Kapitel des Buches widmen sich daher antisemitischen Gegenwartsphänomenen. Exemplarisch wird zum einen das von der „Neuen Rechten“ bzw. den „Identitären“ propagierte Motiv des „Schuldults“ analysiert, das die österreichische und deutsche Erinnerungspolitik als einen vermeintlichen „Kult“ um einen „von oben verordneten Selbsthass“

bzw. „Selbstzerstörung“ diffamiert. Zum anderen sind es linke Bezüge auf das „German Guilt“-Narrativ, in denen Rajal Diskurse rund um den Nahostkonflikt und Kritik an Israel als Versuch definiert, sich von der eigenen (historischen) Schuld im Namen von Gerechtigkeit befreien zu können. Wenn gleich also der Rechtsextremismus qua seiner Ideologie genuin antisemitisch ist, so betrifft Antisemitismus als gesamtgesellschaftliches Phänomen verschiedenste politische Milieus, so Rajal.

Aufarbeitung der Vergangenheit in der Gegenwart

Die theoretische Basis des Buches bildet die Forschung der Kritischen Theorie, im Spezifischen Adornos Ausführungen zu einer „Erziehung nach Auschwitz“ und die Bedingungen sowie Grenzen für ein Gelingen einer solchen. Elke Rajal greift dabei die zentralen Aspekte von Adornos pädagogischen Überlegungen auf: In der sogenannten Wendung aufs Subjekt werden Gründe für Ressentiments nicht länger bei Juden*Jüdinnen als „Objekte“ des Antisemitismus, sondern bei den antisemitisch Denkenden und Handelnden selbst gesucht. Das ermöglicht in weiterer Folge das Sprechen über die und das Dekonstruieren der Funktionen, die der Antisemitismus individuell wie auch gesellschaftlich (oft unbewusst) erfüllt. Im Grunde geht es also um eine Erziehung zur kritischen Selbstreflexion, zur Mündigkeit und zur Autonomie – bezogen weniger auf schulische Bildung, sondern vielmehr auf (frühkindliche) Erziehung. Dabei werden notwendigerweise auch die Grenzen eines solchen Vorhabens

thematisiert, sind doch sowohl Erziehung als auch (schulische) Bildung nicht losgelöst von den gesellschaftlichen Verhältnissen zu verstehen, in denen sie sich vollziehen.

Ein Kapitel widmet sich dahingehend den Vorhaben und Leerstellen der Holocaust Education, die, wie Elke Rajal nachzeichnet, oft ohne adäquate Erklärung und spezifische Verortung von Antisemitismus auskommt. Andererseits werden ihre Vorhaben oft mit genau diesem Anspruch überladen, nämlich in der Aufklärung über die Verbrechen der NS-Zeit vollumfassend und nachhaltig gegen Antisemitismus zu „immunisieren“. Ohne der Holocaust Education ihre Wichtigkeit in der Aufklärung abzusprechen, betont Rajal die Aufgabe einer (darüber hinausgehenden, umfassenderen) antisemitismuskritischen Bildungsarbeit als eine Vermittlung von „Wissen über die Funktionsweisen der Gesellschaft“, „um Antisemitismus als Welterklärung weniger attraktiv zu machen“.

Dabei wird betont, dass Bildung allein kein „Allheilmittel“ gegen Antisemitismus sein kann. Im Kapitel zur antisemitismuskritischen Bildungsarbeit geht es daher um Sensibilisierungen und vor allem um das Ermöglichen einer kritischen Reflexion zum „Nicht-Mitmachen“, das die schulische Bildung ebenso wie außerschulische Orte (in der Jugendarbeit, in Vereinen etc.) betrifft. So braucht es schließlich vielschichtige (gesamtgesellschaftliche) Bemühungen, um letztendlich „ohne Angst verschieden sein zu können“.

Bianca Kämpf



Veröffentlicht in der Reihe: Interdisziplinäre Antisemitismusforschung – Interdisciplinary Studies on Antisemitism, Band 26, Hrsg. v. Samuel Salzborn. Baden-Baden: Nomos. Erschienen unter demselben Titel als Dissertation 2025 an der Sozial- und Bildungswissenschaftlichen Fakultät der Universität Passau.

Antisemitismus und Aufarbeitung.
Zur Aktualität der postnazistischen
Konstellation.
Von: Elke Rajal.
NOMOS 2026
208 Seiten; EUR 54,-
ISBN 978-3-7560-3744-5

Medienkompetenz

Antisemitismus, Rassismus und Queerfeindlichkeit verbreiten sich online rasant und schüren Hass gegen Minderheiten. Desinformation, emotionale Bildpolitiken und Algorithmen verstärken gesellschaftliche Spaltung zusätzlich.

Das **Stimme**-Schwerpunktheft im Herbst widmet sich der Frage, wie Manipulation in digitalen Medien funktioniert und welche Strategien Medienkompetenz und eine sachliche Informationskultur stärken können – aus der Perspektive von Minderheiten(medien).

stimme Abonnieren!



Bitte zögern Sie nicht

- ▶ **STIMME** zu abonnieren und Abos zu verschenken,
- ▶ förderndes Mitglied der **INITIATIVE MINDERHEITEN** zu werden,
- ▶ zu spenden.

Damit sich die **INITIATIVE MINDERHEITEN** und die **STIMME** – das einzige minderheitenübergreifende Magazin in Österreich – auch in Zukunft für die Stärkung von Minderheitenrechten einsetzen können.

	EUR
Jahresabo Inland STIMME	30,-
Zweijahresabo Inland STIMME	50,-
Jahresabo EU-Ausland	50,-
Zweijahresabo EU-Ausland	75,-
Mitgliedschaft Jahresbeitrag IM	35,-
Fördernde Mitgliedschaft IM	100,-

Aboservice: abo@initiative.minderheiten.at

Bankverbindung:
Erste Bank
IBAN: **AT60 2011 1838 2586 9200**
BIC: **GIBAATWWXXX**
Lautend auf:
Initiative Minderheiten

Save the Date!

Zusammen in Wien.

.....> Integration im Dialog

Wer sind die Menschen, die in Wien leben?
Wie steht es um politische Teilhabe für zugewanderte Menschen?
Gibt es Unterschiede bei der Bildung oder Entlohnung?
Und wie divers ist die Wiener Stadtverwaltung?

Antworten auf diese und weitere Fragen liefert der **Wiener Integrations- und Diversitätsmonitor**, der alle drei Jahre von der Abteilung Integration und Diversität der Stadt Wien veröffentlicht wird.

Er zeigt sowohl den Integrationsstand der Wiener Bevölkerung als auch den Umgang der Wiener Stadtverwaltung mit der Diversität ihrer Mitarbeiter*innen und der Wiener*innen.

Vormittag |
Präsentation des 7. Wiener Integrations- und Diversitätsmonitors

Nachmittag |
Kurzweilige Gesprächsrunden mit Expert*innen zu zentralen Erkenntnissen des Integrations- und Diversitätsmonitors

„Zusammen in Wien. Integration im Dialog“ wird von der Abteilung **Integration und Diversität der Stadt Wien** zusammen mit dem **Wien Museum** organisiert.

Freitag, 27. November 2026

9 bis 18 Uhr

**Wien Museum | 4., Karlsplatz 8,
Veranstaltungssaal, 3. OG**

Die **Stadt Wien** – Integration und Diversität und die **Initiative Minderheiten** laden ein zur Festveranstaltung:

„Visionär*innen und Pionier*innen“

anlässlich **35 Jahre Initiative Minderheiten** und **30 Jahre Wiener Integrationspolitik**.

Ein Abend zum Feiern, Vernetzen und Danke sagen – für die Unterstützung und das Vertrauen über all die Jahre.

Sonntag, 29. November 2026

um 16 Uhr

Im Wappensaal des Wiener Rathauses
Friedrich-Schmidt-Platz 1, 1010 WIEN



Integration
und Diversität



» die nächste **stimme** erscheint im Oktober 2026



 Bundesministerium
Wohnen, Kunst, Kultur,
Medien und Sport

Gefördert aus Mitteln von

 Bundesministerium
Bildung

 Bundesministerium
Frauen, Wissenschaft
und Forschung

 Stadt
Wien
Kultur

